

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Mojmir Krizan/Eberhard Kiesche
Diktatur über die Bedürfnisse
Die Kritik der „Budapester Schule“
an osteuropäischen Gesellschaftssystemen

Wolfgang Höpgen
Jugoslawien —
fünf Jahre nach Titos Tod

Reiner Ruffing
Humanistischer Marxismus:
Philosophie und politische Theorie
der jugoslawischen „Praxis-Gruppe“

ISSN 0479-611 X

B 31/85
3. August 1985

Mojmir Križan, Dr., geb. 1943; Studium der Elektrotechnik in Zagreb sowie der Datenverarbeitung in Saclay (Frankreich); seit 1973 wissenschaftlicher Assistent am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen; 1977 Promotion zum Doktor der Technischen Wissenschaften; 1977—1982 Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie in Göttingen; seit 1984 Lehraufträge im Fach „Wissenschaft von der Politik“ an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Nekoliko kritičkih refleksija o Bahrovoj „Alternativi“ i o njezinim kritikama (Einige kritische Reflexionen über die „Alternative“ Bahros und die Kritiken darüber), in: *Revija za sociologiju*, 13 (1983) 1—4, S. 23—42; Radikalne potrebe i kritika realnog socijalizma u novijim knjigama A. Heller, F. Fehérea i G. Márkusa (Radikale Bedürfnisse und die Kritik des realen Sozialismus in neueren Büchern von A. Heller, F. Fehér und G. Márkus), in: *Theoria*, 27 (1984) 1—2, S. 215—225; Essentialismus und ideologische Legitimation der Einparteienherrschaft (accepted for publ.), in: *Praxis International* (erscheint demnächst); (zusammen mit E. Kiesche) Kritik der „Budapester Schule“ an osteuropäischen Gesellschaftssystemen (in Vorbereitung).

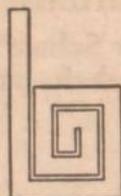
Eberhard Kiesche, Dr. disc. pol., geb. 1953; Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen; von 1982 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen.

Bibliographische Angaben: (zusammen mit M. Križan) Kritik der „Budapester Schule“ an osteuropäischen Gesellschaftssystemen (in Vorbereitung).

Wolfgang Höpken, Dr. phil., geb. 1952; Assistent am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Abt. Moderne osteuropäische Geschichte.

Veröffentlichungen u. a.: Von der Wirtschaftskrise zur Systemkrise? Chancen der innenpolitischen Integration und Systemstabilisierung in Jugoslawien, in: R. Schönfeld (Hrsg.), *Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der 80er Jahre*, München 1983; Krisenursachen und Krisenverläufe: Die kroatische Krise 1970/71, in: B. Bonwetsch (Hrsg.), *Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem*, Berlin 1984; Wahlen in Jugoslawien, in: *Südosteuropa*, 33 (1984) 7—8; Arbeiterselbstverwaltung und Wirtschaftskrise, in: *Die Mitbestimmung*, (1984) 6; Sozialismus und Pluralismus. Entwicklung und Demokratiepotezial des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems, München 1984; Politics and Historiography in Yugoslavia, in: *East European Quarterly*, (1985) 4; Party Monopoly and Political Chance, in: P. Ramet (Ed.), *Yugoslavia in the 80th*, London—New York 1985; Bewährung und Reformmöglichkeiten des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems, in: R. Schönfeld (Hrsg.), *Reform und Wandel in den Staaten Südosteuropas*, München 1985.

Reiner Ruffing, geb. 1955, Doktorand rer. pol.; Studium der Politischen Wissenschaften und der Germanistik an der Universität Mannheim und der Freien Universität Berlin; mehrere Lehraufträge am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politische Wissenschaft); Freier Mitarbeiter (Referent) am Informationszentrum Berlin.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Diktatur über die Bedürfnisse

Die Kritik der „Budapester Schule“
an osteuropäischen Gesellschaftssystemen

I.

Der Tod Joseph Stalins am 5. März und die danach beginnende offizielle Kritik an seiner Terrorherrschaft (Kritik des „Personenkults“) ließ in den osteuropäischen Satellitenstaaten der UdSSR die Hoffnung auf politische Liberalisierung durch Reformen „von oben“ wachsen. Vor jenem sozio-politischen Hintergrund des sogenannten Tauwetters erfuhr das marxistische Denken in diesen Ländern einen originären Aufschwung, mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung kritischer Theorien der sozialistischen Gesellschaftsformationen. Diese Renaissance, die sich als Ziel die Revision der offiziellen Ideologie und ausgehend vom Marxschen Frühwerk die Erarbeitung einer neuen sozialistischen Perspektive gesetzt hatte, durchlief mehrere Entwicklungsstadien, und zwar in Richtung der graduellen Aufgabe zuerst des Leninismus und spä-

ter, in manchen Fällen, des Marxismus selbst.

Als „Budapester Schule“ wurde von Georg Lukács jene Gruppe ungarischer Philosophen und Soziologen bezeichnet, deren theoretische Tätigkeit unter seiner geistigen Leitung während des „Tauwetters“ begann¹⁾. Er selbst nennt dabei vier Autoren: Agnes Heller, György Márkus, Mihály Vajda und Ferenc Fehér²⁾. Gemeinhin werden dieser Gruppe auch András Hegedüs und Maria Márkus hinzugerechnet, manchmal auch die jüngeren Autoren György Becde und János Kis³⁾. Nach Lukács Worten liegt die Aufgabe und Bedeutung der „Budapester Schule“ in der Erprobung und Durchsetzung der Marxschen Methode auf allen wichtigen Feldern des gesellschaftlichen Lebens⁴⁾.

II.

Ausgangspunkt für die konkrete politikwissenschaftliche Analyse der Schriften der „Budapester Schule“ ist die Auseinandersetzung mit der deterministischen Geschichtsphilosophie von Karl Marx und ihrem anthropologischen Hintergrund, insbesondere der Theorie der Entfremdung. Agnes Heller entwickelt in diesem Rahmen eine skeptische Theorie der Geschichte, die keine Aussagen über die Zukunft macht und nicht versucht, das Sollen aus dem Sein abzuleiten. Diese Überwindung des Marxschen Denkens in historischen Notwendigkeiten hat zur Folge, daß die *Aufhebung der Entfremdung* nicht mehr als Endzustand oder Zweck der Geschichte erscheint, sondern als der höchste, für das moderne historische Bewußtsein charakteristische Wert und als regulative Idee für das Handeln des

Menschen⁵⁾. In der entfremdeten Gegenwart steht der Mensch in einer solchen Beziehung zu seinen gattungsmäßigen Objektivationen, die die Entwicklung seiner „gattungsmäßigen Wesenskräfte“ nicht fördert. Als Diskrepanz zwischen dem reichen Wesen der Gattung und der armen individuellen Existenz ist die Entfremdung selbst ein Wertkonflikt⁶⁾.

Der *Kommunismus* ist die Lösung des Entfremdungsproblems, er soll allen Mitgliedern der Gesellschaft ermöglichen, sich den Reichtum der Gattung anzueignen. Ein „gutes Leben“ nur dadurch verwirklicht werden, daß sich um bestimmte Interpretationen der universellen Werte Gemeinschaften freier Individuen konstituieren, die auf dieser Grundlage spezifische Formen des guten Gemeinschaftslebens entwickeln⁷⁾. Deswegen muß

¹⁾ G. Lukács / A. Heller / F. Fehér u. a., *Individuum und Praxis. Positionen der „Budapester Schule“*, Frankfurt/Main 1975, S. 7 ff.

²⁾ Ebd.

³⁾ In diesem Beitrag werden die Schriften von G. Lukács, A. Heller, G. Márkus, M. Vajda und F. Fehér näher dargestellt.

⁴⁾ G. Lukács u. a. (Anm. 1), S. 8.

⁵⁾ F. Fehér / A. Heller, *Forms of Equality*, in: *Telos*, 32 (1972), S. 6—26, S. 26.

⁶⁾ A. Heller, *Towards a Marxist Theory of Value*, in: *Kinesis* 5, No. 1, S. 7—16, S. 21 und 25.

⁷⁾ Ders., *The Dissatisfied Society*, in: *Praxis International*, 2 (1983) 4, S. 359—370, sowie ders. (Anm. 6), S. 50.

die moderne rationale Utopie die Pluralität der Werte und Lebensformen postulieren.

M. Vajda betrachtet die vollständige Aufhebung der Entfremdung als unmöglich, soll die wichtigste Errungenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, die Freiheit des Individuums, nicht in Frage gestellt werden⁸⁾. Dementsprechend sieht er den Sozialismus als einen Versuch, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und auf der Grundlage der politischen Demokratie ein Gleichgewicht zwischen der Freiheit (Individualismus) einerseits sowie der Gleichheit und der Brüderlichkeit (Kollektivismus) andererseits herzustellen⁹⁾.

Die Realisierbarkeit dieses Konzepts einer freien und solidarischen Gesellschaft wird durch die *Analyse der Moderne* nachgewiesen¹⁰⁾. Die Moderne ist durch zwei Grundkomponenten charakterisiert: die bürgerliche Gesellschaft und die produzierende Industrie. Diese Komponenten haben jeweils eigene innere Entwicklungslogiken, die einander widersprechen und von verschiedenen sozialen Gruppen verkörpert werden können. Die bürgerliche Gesellschaft enthält sowohl die Logik der Universalisierung der Marktwirtschaft, der Exklusivität des Privateigentums, des Wachstums der Ungleichheit und der Herrschaftsausübung, d. h. die Logik des Kapitalismus, als auch die Logik der Entfaltung der Freiheit und Menschenrechte im Prozeß der Demokratisierung, Gleichberechtigung und Dezentralisierung der Macht. Die Entwicklung der Industrie tendiert zur Begrenzung des Marktes und Zentralisierung der Ressourcenallokation in den Händen des Staates¹¹⁾.

Diesen Entwicklungslogiken korrespondieren einander widersprechende Bedürfnisse bei den Menschen, die in der bürgerlichen Gesellschaft leben. A. Heller entwickelt ihre

Theorie der Bedürfnisse als eine Interpretation der Bedürfnistheorie von K. Marx. Die kapitalistische Gesellschaft abstrahiert von den qualitativen Unterschieden der Bedürfnisse und reduziert sie alle auf ökonomische Bedürfnisse, d. h. auf gesellschaftlich geformte Bedürfnisse nach der biologisch-physiologischen Selbsterhaltung. Eine weitere Abstraktion erfährt die kapitalistische Bedürfnisstruktur durch die Reduktion der ökonomischen Bedürfnisse auf die Habsucht nach Geld. Die Entfremdung der Bedürfnisse manifestiert sich in dieser Reduktion und Homogenisierung sowie der Verwendung des Begriffs des Interesses anstatt jenes des Bedürfnisses. Dem stellt Marx seinen Bedürfnisbegriff gegenüber, der eine geschichtsphilosophische und anthropologische Wertkategorie ist¹²⁾. Sein „bedürfnisreicher Mensch“ ist eine empirisch untermauerte philosophische Konstruktion, die auf der humanistischen und demokratischen Entwicklungslogik und auf dem Konzept des „gesellschaftlichen Reichtums“ beruht.

Ein Teil der in der bürgerlichen Gesellschaft entstehenden Bedürfnisse kann demzufolge im Rahmen des Kapitalismus nicht befriedigt werden und stellt deshalb ein Element seiner Überwindung dar: die sogenannten radikalen Bedürfnisse¹³⁾. Sie bringen das „kollektive Sollen“¹⁴⁾ zum Ausdruck, das ihre Befriedigung durch die Überwindung des Kapitalismus anstrebt. Da die Bedürfnisse die materielle Grundlage der Werte sind, ist eine Ethik, die die Notwendigkeit der Befriedigung der radikalen Bedürfnisse postuliert, eine *sozialistische Ethik*¹⁵⁾, mit der Funktion, die Widersprüche der obengenannten Entwicklungslogiken der Moderne durch Förderung der Logik der Befreiung des einzelnen auf der Grundlage der vollständigen Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft zu lösen¹⁶⁾.

III.

Die „kommunistischen“ Systeme Osteuropas sind dadurch charakterisiert, daß sie das Kriterium der Priorität der Entwicklung der humanistischen und demokratischen Logik der bürgerlichen Gesellschaft, d. h. die Verwirkli-

chung der Gesellschaftlichkeit, Freiheit, Bewußtheit und Universalität, *nicht erfüllen*. Die ursprüngliche Absicht der bolschewistischen Herrschaft war, im Rahmen dieser Logik die Probleme der Moderne zu lösen: soziale und nationale Unterdrückung, Armut, Abwesen-

⁸⁾ M. Vajda, *The State and Socialism*, New York 1981, S. 85f.

⁹⁾ Ebd., S. 87ff., 102ff.

¹⁰⁾ Unter „Moderne“ versteht A. Heller die Periode der europäischen Zivilisation seit dem 18. Jahrhundert; siehe dazu A. Heller, *Theory of History*, London 1982, S. 281ff.

¹¹⁾ Ebd., S. 283f.

¹²⁾ A. Heller, *Theorie der Bedürfnisse nach Marx*, Hamburg 1980, S. 27.

¹³⁾ Ders., *Das Leben ändern. Radikale Bedürfnisse, Frauen und Utopie*, Hamburg 1981, S. 139.

¹⁴⁾ Ders. (Anm. 12), S. 88.

¹⁵⁾ Ders. (Anm. 13), S. 156f.

¹⁶⁾ Ders. (Anm. 10), S. 284.

heit von individuellen und kollektiven Bürgerrechten, Lasten und destruktive Auswirkungen der Industrialisierung, Kriege und ihre Folgen, Rüstungswettlauf usw. Dies ist nicht gelungen. Im Gegenteil: Sie wurden stellenweise noch verschärft¹⁷⁾. Die Ursachen dieser antisozialistischen Entwicklung liegen in der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands vor und nach der Oktoberrevolution, in der kulturellen Rückständigkeit der Arbeiterklasse, die es ermöglichte, daß die Führung der revolutionären Bewegung den Intellektuellen zufiel, und in der mangelhaften politischen Kultur dieser Intellektuellen, die in der Verachtung der „formalen“ bürgerlichen Demokratie und in Tendenzen zu jakobinischen Formen der revolutionären Diktatur ihren Ausdruck fand¹⁸⁾. Die mit diesen Bedingungen zusammenhängenden und zu lösenden Probleme haben dazu geführt, daß die Bolschewiki aus dem breiten Spektrum sozialistischer Ideen solche ausgewählt haben, die im Zusammenhang mit dem rückständigen Milieu zu dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem im Ostblock, zur „Diktatur über die Bedürfnisse“, geführt haben¹⁹⁾.

Die dominante Rolle spielt dabei der *Jakobinismus der Bolschewiki*: die Vergöttlichung des idealisierten Menschen einerseits, einhergehend mit einer tiefen Verachtung des wirklichen Menschen andererseits, die seine Führung durch eine tugendhafte Minderheit erforderlich macht, die ihm die Erlösung durch eine Diktatur der eisernen Faust verspricht und damit den Terror rechtfertigt²⁰⁾. Die *leninistische Partei* als Träger dieser jakobinischen „Diktatur des Proletariats“ betrachtet sich als eine Partei an sich, als die *einzig* Partei, während in Wirklichkeit dieses Selbstverständnis eine *contradictio in adjecto*, einen inneren Widerspruch darstellt und es sich dabei um eine Sekte handelt²¹⁾. Die utilitaristische Ethik, die auf die Klasse und ihre Partei übertragene egoistische bürgerliche Moral Lenins und anderer Bolschewiki veranlaßte sie, die gesamte Gesellschaft nach dem *Muster der Fabrik* zu organisieren²²⁾, mit dem Staat und anderen gesellschaftlichen Organisationen als Antreibern. Dieser *technokratisch-etatistische Geist* wurde von der Not-

wendigkeit gefördert, die wirtschaftliche Rückständigkeit zu beheben; er hatte die Vernachlässigung aller anderen Grundwerte des Sozialismus zur Folge²³⁾.

Diese Faktoren lassen die neue Gesellschaftsformation als eine Reaktion auf den Kapitalismus und seine Konflikte und Gegensätze im Bereich der Wirtschaft, speziell auf der Ebene der Industrialisierung, erscheinen²⁴⁾. Die realsozialistischen Systeme haben also von den drei Entwicklungslogiken der Moderne *nur die Logik der Industrialisierung übernommen*, während die humanistische und demokratische Logik der bürgerlichen Gesellschaft zurückgewiesen wurde wegen ihrer Unrealisierbarkeit im Rahmen der Diktatur des Proletariats und einer technokratisch-etatistischen Industrialisierung²⁵⁾. Da jedoch der Sozialismus untrennbar ist von der Fortentwicklung der humanistischen und demokratischen Logik der bürgerlichen Gesellschaft, können die realsozialistischen Formationen nicht als progressiv im Sinne der obigen Wertwahl betrachtet werden²⁶⁾ — sie stellen, trotz ihrer Fähigkeit zur Reproduktion, eine historische Sackgasse dar²⁷⁾.

Diese einseitige Auswahl der Elemente sozialistischer Theorien und die darauf begründete politische Praxis haben das Vermächtnis der Aufklärung verraten: Der Sozialismus hörte auf, eine Bewegung der Aufklärung zu sein und wurde zur *Negation der Aufklärung*²⁸⁾. Die Aufklärung hat eine Reihe von Vernunftprinzipien erarbeitet: wissenschaftliche Organisation und keine spontane Entwicklung der Gesellschaft, Herstellung der gesellschaftlichen Harmonie, Anerkennung der Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Ablehnung der Diskriminierung aus Gründen der Rassen-, Kasten- oder Klassenzugehörigkeit und das Vorhandensein einer öffentlichen Sphäre. Da diese Prinzipien in den realsozialistischen Ländern nicht gelten, können ihre Gesellschaftssysteme als irrational²⁹⁾ und antiaufklärerisch betrachtet werden: Somit hat der Versuch, die kapitalistischen Unzugänglichkeiten bezüglich der Rationalität zu überwinden, zu einer Rationalitätskrise neuen Typs geführt: Eine Zwangswirtschaft hat die Marktwirtschaft ersetzt, und alle Werte, die die Lebensbedingungen

¹⁷⁾ A. Heller / F. Fehér / G. Márkus, *Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*, Hamburg 1983, S. 257.

¹⁸⁾ F. Fehér / A. Heller, *Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen*, Hamburg 1979, S. 26.

¹⁹⁾ Ebd.

²⁰⁾ Ebd.

²¹⁾ A. Heller (Anm. 13), S. 91.

²²⁾ F. Fehér / A. Heller (Anm. 18), S. 26.

²³⁾ A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 261.

²⁴⁾ Ebd., S. 254.

²⁵⁾ A. Heller (Anm. 10), S. 286 f.

²⁶⁾ Ebd., S. 306 f.

²⁷⁾ A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 255.

²⁸⁾ Ebd., S. 259.

²⁹⁾ Ebd., S. 275 ff.

einer rationalen Gesellschaft ausmachen, wurden unterdrückt³⁰⁾. Dadurch wurde der Anspruch, *materielle Rationalität* als eine der kapitalistischen überlegene Form der Rationalität zu konzipieren und praktisch umzusetzen, nicht eingelöst³¹⁾. Die Übernahme allein der Industrialisierungslogik und die Zurückweisung der humanistischen und demokratischen Logik der bürgerlichen Gesellschaft, ihr

IV.

Vor dem Hintergrund der Konturen dieser philosophischen Ausgangsposition der „Budapester Schule“ wird ihre *politikwissenschaftliche Kritik* an den von ihnen so genannten „Gesellschaften sowjetischen Typs“ verständlich und plausibel. Da diese Kritik weit über den Bereich des politischen Systems in die Sphäre der Kultur, insbesondere jene des Alltagslebens, hineinreicht, kann der Ansatz der Autoren, im Einklang mit ihrem Selbstverständnis, auch als anthropologisch bezeichnet werden. Sie sind sich auch der Bedeutung der historischen Dimension und der Differenzierung zwischen den einzelnen osteuropäischen Ländern bewußt. Das besondere Ziel ihrer Arbeit ist jedoch, ein relativ abstraktes Modell der Sowjetgesellschaften zu entwickeln, unter welches alle osteuropäischen Länder subsumiert werden können.

Es ist sinnvoll zunächst zu klären, was diese Gesellschaftsformationen *nicht* sind. Sie sind weder Sozialismus noch Kapitalismus noch deren Modifikationen³²⁾. Sie sind auch nicht als bloße Reaktionen auf regionale Besonderheiten zu verstehen, denn „... es ist ein globales System oder hat zumindest globale Ansprüche“³⁴⁾. Auch die Theorien von der Übergangsgesellschaft³⁵⁾, dem Staatskapitalismus³⁶⁾ und der asiatischen Produktionsweise³⁷⁾ werden zurückgewiesen. Ausgehend von der Theorie der Bedürfnisse wird die Gesellschaftsformation sowjetischen Typs als „Diktatur über die Bedürfnisse“ bestimmt.

Positiv kann eine Reihe partikularer Elemente des *politischen Herrschaftssystems*, d. h. des politischen Aspekts der Diktatur über die Bedürfnisse, ausgearbeitet werden. Weil die gesamte gesellschaftliche Macht in

antiaufklärerischer Charakter und die Schwächen der materiellen Rationalität lassen die realsozialistischen Gesellschaftsformationen in vieler Hinsicht als *vormodern*³²⁾ erscheinen. In dieselbe Richtung deutet auch die Betonung des *personalen Charakters* der Beziehungen der Menschen in diesen Ländern, auch in der Sphäre der politischen Herrschaft.

den Händen der kommunistischen Partei konzentriert ist, ist es sinnvoll, die *Parteisouveränität* zuerst zu betonen. Diese impliziert die Zentralisierung aller Verfassungsgewalten und der öffentlichen Verwaltung, die personale Verschmelzung der Spitze des Staates mit den obersten Gremien der Partei (wobei die letztere dominiert) und die Parteikontrolle aller anderen gesellschaftlichen Organisationen, die den Willen der zentralen Führung zu repräsentieren und auszuführen haben³⁸⁾. Sowohl konkurrierende Organisationen als auch alternative Politik sind in diesem System ausgeschlossen. Die soziale Position der Parteimitglieder ist weder legal noch traditionell garantiert, so daß sie den Kastengeist der Partei voll annehmen³⁹⁾ und ihren Souveränitätsanspruch verteidigen müssen. Aus dem Prinzip der Parteisouveränität folgt, daß die Volkssouveränität ausgeschlossen ist, so daß die Bevölkerung in der Frage, wer sie regieren soll, keinerlei Mitwirkungsrechte hat. Es findet trotz (oder gerade wegen?) des Prinzips des demokratischen Zentralismus keine Kontrolle der Parteiführung statt. In der Praxis ist es gerade sie, die den Status des wirklichen Souveräns innehat⁴⁰⁾.

Die zentralistische Herrschaftsstruktur schließt die *Gewaltenteilung* aus; die Gewalten stellen eine Einheit dar. Der Souverän entscheidet über Verfassungen, Gesetze, Urteile und Strafmaße in politisch relevanten Prozessen. Die Justiz hat nur ausführende Funktion. Die Parlamente besitzen keine Macht. „In der Praxis bedeutet die Vereinigung der drei Gewalten, daß allein eine Gewalt — die Exekutive — besteht.“⁴¹⁾ Zwischen den Ministerien als Kontrollorganen über die Gesellschaft herrscht kein Kräftegleichgewicht. Die entstehenden Interessenkonflikte dürfen sich nicht gegen die Partei richten. Der größte Anteil übertragener Gewalt liegt

³⁰⁾ Ebd., S. 279—282.

³¹⁾ Ebd., S. 279.

³²⁾ Dieser Begriff wird von den Autoren der „Budapester Schule“ nicht verwendet.

³³⁾ Ebd., S. 254.

³⁴⁾ Ebd.

³⁵⁾ Ebd., S. 24 ff.

³⁶⁾ Ebd., S. 38 ff.

³⁷⁾ Ebd., S. 54 ff.

³⁸⁾ Ebd., S. 182.

³⁹⁾ M. Vajda (Anm. 8), S. 134.

⁴⁰⁾ A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 185.

⁴¹⁾ Ebd., S. 198.

in den Händen der politischen Polizei. Diese hält die gesamte Bevölkerung im Griff, verbleibt aber unter der Kontrolle des Souveräns, der nicht bereit ist, eine tendenzielle Verselbständigung der Polizei zu eigenständigen Macht zu dulden. Die Macht der Armee ist ebenfalls der des Souveräns untergeordnet. Heute ist sie wegen der imperialistischen Politik der Sowjetunion im Begriff zu wachsen⁴²⁾.

Die Wirklichkeit, die sich hinter dem Anspruch auf *sozialistische Rechtsstaatlichkeit* verbirgt, wird am Strafrecht überprüft⁴³⁾. Unter Stalin bestand, sozialpsychologisch gesehen, die Funktion des Strafrechts darin, angesichts des allgemeinen Terrors eine Atmosphäre der Mitschuld und Komplizenschaft zu schaffen, um damit die Verantwortlichen zu entlasten. Nach seinem Tode wurde im Strafrecht eine gewisse Formalisierung durchgeführt, die aber dessen drakonischen Charakter um so deutlicher hervortreten ließ. Die Todesstrafe wurde im Mai 1961 auf schwere Wirtschaftsverbrechen, im Juli 1961 auf schwerwiegende Überschreitungen der Währungsbestimmungen und im Februar 1962 auf Vergehen gegen Leben, Gesundheit und Würde von Angehörigen der Polizei und Miliz erweitert. Bekannt ist der neue Modus beim Vorgehen gegen Oppositionelle: ihre zwangsweise Einschließung in psychiatrische Anstalten, die zur Alltagsroutine gehört. Arbeits- und Internierungslager sind immer noch vorhanden. Im Unterschied zu Stalins Zeiten ist das Lagersystem aber nicht mehr so umfassend und todbringend⁴⁴⁾. Die Polizei hat nach wie vor das Recht, ohne juristisches Verfahren Menschen in die Lager zu schicken. Begrenzte Formen der juristischen Verankerung der sozialen Kontrolle sind vorhanden, ohne daß dadurch das Privileg der Partei in Frage gestellt würde, die eigenen Gesetze umzustößen oder zu umgehen. Gründe für die Existenz dieser Gesetze sind: das Bedürfnis des Machtapparates nach Schutz vor Auswüchsen der autokratischen Herrschaft, die zunehmende Rolle der Marktfragmente, die ein Minimum formalisierter Verfahren in der ökonomischen Praxis unverzichtbar machen, die zentrale Stellung der Familie und die unvermeidliche Reform des Strafrechts nach Stalins Tod. Inzwischen wird auch die Existenz atomisierter Individuen in einer kleinfamiliären Struktur akzeptiert, weil die autoritäre Familie die Rolle der Stütze der autoritären Gesellschaft übernommen hat⁴⁵⁾.

Die zentrale funktionale Bedeutung der Exekutive verweist auf die *Bürokratisierungsproblematik*. Die bürokratischen Strukturen der Herrschaft sind Konsequenz der politischen Struktur und der Funktionsweise des Machtapparates — und nicht seine ursprüngliche Grundlage. Die extremen Ausmaße der Bürokratie werden notwendig, weil der Souverän seine Macht und Kontrolle über die gesamte Gesellschaft einschließlich der Ökonomie totalisiert. Ihre Mitglieder sind keine öffentlichen Bediensteten, vergleichbar den „civil servants“ Großbritanniens, sondern eher Staatsdiener nach preußisch-deutschem Muster, die niemals den Bürgern, sondern allein ihren Vorgesetzten verantwortlich sind — in letzter Instanz dem Souverän⁴⁶⁾. Da die Partei als Souverän jedoch über dem Gesetz steht, entsteht als Spezifikum der sowjetischen Bürokratie die an sie gestellte Anforderung einer doppelten Loyalität: einerseits gegenüber den Vorgesetzten im Rahmen der organisatorischen Hierarchie und im Zusammenhang mit der Verpflichtung, die Verwaltungstätigkeit nach strengen, formalen Regeln auszuüben, andererseits gegenüber der Partei, der die meisten Träger verantwortlicher Funktionen in der Verwaltung angehören, deren Direktiven sich jedoch häufig über die genannten Regeln hinwegsetzen. Dieses Zurückstellen formaler Regeln hat zur Folge, daß den Untertanen des Staates allein das *Recht des Bittstellers* sowie das Recht zur Denunziation übrigbleibt. Es wird anerkannt, daß auch der Sozialismus nicht auf eine effiziente, professionalisierte Verwaltung verzichten kann, Bürokratisierungstendenzen daher in Kauf zu nehmen sind⁴⁷⁾.

Parteisouveränität, Nichtexistenz der Gewaltenteilung und die Unterwerfung der Mehrheit der Bevölkerung unter eine mächtige Bürokratie verweisen darauf, daß von einem *Gesellschaftsvertrag* zwischen den Herrschenden und den Beherrschten nicht die Rede sein kann. In der Sowjetunion ist die *società civile* (die ungarischen Autoren verwenden mit Vorliebe diesen Ausdruck von Gramsci) vollständig vom Staatsapparat aufgesogen. Durch die Zerstörung oder Umfunktionierung der *società civile* wird der Gesellschaftsvertrag unmöglich gemacht — und mit ihm die Anerkennung des Individuums als freies und gleiches Gesellschaftsmitglied, die Voraussetzung für die Bildung unabhängiger Parteien und Institutionen ist⁴⁸⁾. Aufgrund des Leninischen Prinzips der geschichtsphilosophisch

⁴²⁾ Ebd., S. 202.

⁴³⁾ Ebd., S. 207.

⁴⁴⁾ Ebd., S. 208.

⁴⁵⁾ Ebd., S. 294 ff.

⁴⁶⁾ Ebd., S. 203.

⁴⁷⁾ A. Hegedüs, *Sozialismus und Bürokratie*, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 71 ff.

⁴⁸⁾ A. Heller (Anm. 13), S. 96.

begründeten Rolle der Partei als Avantgarde ist es nämlich ausgeschlossen, daß die Herrschenden sich als Vertragspartner des Gesellschaftsvertrages oder eines Herrschaftsvertrages verstehen, oder als Herrschende, deren Herrschaft durch einen Vertrag unter den Beherrschten legalisiert wurde. Selbst die Andeutung eines Gesellschaftsvertrages im politischen Bereich wird kriminalisiert.

Ein weiterer Aspekt der Zerstörung der *società civile* ist die *Nichtexistenz einer öffentlichen Sphäre*. Dadurch wird die politische Struktur jeder Kritik entzogen und konserviert, was wegen der Abhängigkeit der Ökonomie von der Politik auch ökonomische Reformen erschwert. In diesem Kontext wächst den Intellektuellen eine neue Aufgabe zu: nicht länger die Avantgarde-Rolle zu spielen, d. h. politische Programme im Namen des Volkes oder der Arbeiterklasse zu formulieren, sondern ihr kritisches Denken in den Dienst der Bildung einer öffentlichen Sphäre in Osteuropa zu stellen. Erst auf ihrer Grundlage wird eine sinnvolle Diskussion über Tendenzen und Programme der gesellschaftlichen Entwicklung Osteuropas möglich⁴⁹⁾.

Insbesondere im Hinblick auf die inoffizielle Legitimationsstruktur der Sowjetmacht ist das Element des *Patriarchismus* zu betonen⁵⁰⁾. Der Staat sieht sich selbst in der Rolle eines Vaters, dessen Entscheidungen den Nutzen der Untertanen bezwecken. Die väterliche Autorität bestraft und belobigt. Sie ist jenseits von Kritik. Die Sowjetunion wird als große Familie aufgefaßt. Die Kehrseite dieser väterlichen Autorität ist, daß selbst Wohnraum, Heizung, Bekleidung und Kulturgenuß zu Vergünstigungen umfunktioniert wurden, die den Untertanen jederzeit wieder entzogen werden können, daher als Mittel zur Sicherstellung der staatlichen Kontrolle über das Individuum geeignet sind⁵¹⁾.

Aus den dargestellten Grundelementen des politischen Systems osteuropäischer Länder werden zwei allgemeine Charakterisierungen abgeleitet. Da die faktische Identität des Souveräns (Parteiführung) mit dem Staat vorliegt, wird das politische System als *Absolutismus* bezeichnet. Angesichts dessen, daß dieser verfassungsmäßig legalisiert ist, wird von einem *konstitutionellen Absolutismus* gesprochen⁵²⁾. Die verfassungsmäßige Legali-

sierung wird damit erklärt, daß Institutionen des Staates, wie z. B. die Sowjets, nicht aufgelöst werden konnten, da die Partei für administrative Aufgaben nicht zur Verfügung stand, d. h. die Doppelung in Partei und Staat beibehalten werden mußte. Der Begriff des Absolutismus wird auch deswegen verwandt, weil historische Parallelen zu den absolutistischen Staaten der Neuzeit feststellbar sind. Auch die letzteren versuchten, alle gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte zu unterwerfen oder zu beseitigen, die Gesellschaft nach wirtschaftlichen Plänen und Konzeptionen zu modernisieren und die Industrialisierung mit Blut und Schwert durchzusetzen⁵³⁾.

Diese Charakterisierung des sowjetischen Herrschaftssystems kann aus verschiedenen Gründen in Frage gestellt werden: Erstens ist die Partei als Souverän vom Staat institutionell getrennt, zweitens bestand in den westlichen absolutistischen Staaten eine offenkundige Diskrepanz zwischen dem Herrschaftsanspruch des absoluten Monarchen und der Durchsetzung dieser Herrschaft und drittens erscheint der Begriff des konstitutionellen Absolutismus als zu essayistisch und insgesamt überflüssig, zumal in demselben Kontext sogleich der Begriff des *totalitären Staates* eingeführt wird.

Unter *totalitären Gesellschaften* werden *rein politische Gesellschaften* verstanden. In diesen liegt die Identität von Mensch und Bürger, von öffentlicher und privater Sphäre vor, und sie sind nur dann totalitär, wenn diese Identität erzwungen und eine bereits vollzogene Trennung von Staat und Gesellschaft rückgängig gemacht wurde. Eine solche zwangsweise Zusammenführung von Staat und Gesellschaft durch eine zentrale Gewalt wurde in der UdSSR nach dem Scheitern der Neuen Ökonomischen Politik Ende der zwanziger Jahre durchgeführt. Sie geht einher mit einer staatlichen Definition der offiziellen Ideologie und der politischen Betätigungsfelder. Dies impliziert die *Kriminalisierung des Pluralismus*⁵⁴⁾. Die Grundrechte, die in der Verfassung kodifiziert sind und formaliter den Pluralismus ermöglichen, können nur insoweit in Anspruch genommen werden, als dies mit den Zielen des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft vereinbar ist⁵⁵⁾. Über diese Vereinbarkeit, aber auch über die Ziele selbst, entscheidet der Souverän. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung des Begriffs der

⁴⁹⁾ M. Vajda (Anm. 8), S. 136, 141.

⁵⁰⁾ F. Fehér, *Paternalism as a Mode of Legitimation in Soviet-Type Societies*, in: T. H. Rigby / F. Fehér, *Political Legitimation in Communist States*, London—Basingstoke 1982, S. 64—81.

⁵¹⁾ A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 209.

⁵²⁾ Ebd., S. 187.

⁵³⁾ Ebd., S. 188.

⁵⁴⁾ Ebd., S. 189.

⁵⁵⁾ Siehe dazu die sowjetische Verfassung von 1977, §§ 50 und 51.

Kriminalität hängt allein vom Wertsystem, den politischen Zielen und dem persönlichen Willen des Souveräns ab.

Mit dieser modifizierten Totalitarismustheorie gelingt den Autoren ein überzeugendes Modell der osteuropäischen Gesell-

schaftsformationen, als dies bei dem Konzept des konstitutionellen Absolutismus der Fall war. Um das Totalitarismuskonzept weiter zu spezifizieren und dabei die Besonderheiten seiner osteuropäischen Ausprägung zu berücksichtigen, entwickeln die Autoren das Konzept der *Diktatur über die Bedürfnisse*.

V.

Nach A. Heller haben die „Gesellschaften sowjetischen Typs“ den Menschen bei seinen Wurzeln gepackt, bei seinen Bedürfnissen. Ausgehend von der Überzeugung, daß es möglich sei, auf wissenschaftlicher Basis die wahren und die falschen Bedürfnisse der Menschen festzustellen, werden die zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse von der jeweiligen Parteiführung festgesetzt. Die geplante Produktion und Distribution materieller Güter läuft ohne Rücksicht auf die wirkliche Nachfrage infolge dieser Festlegung ab. Die Bedürfnisse nach Freiheit, unabhängigen Organisationen und Informationen werden als falsch, künstlich und konterrevolutionär behandelt und unterdrückt⁵⁶).

F. Fehér führt folgende vier Merkmale der Diktatur über die Bedürfnisse an⁵⁷):

1. Die gesamte Gesellschaft ist in ein Konglomerat von Lohnarbeitern verwandelt worden. Die Arbeiter können den Produktionsprozeß und das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit nicht beeinflussen. Sie besitzen nicht die geringsten kollektiven Rechte.

2. Ist die Arbeitskraft vollständig der Planungselite unterworfen, kann der Staat autoritär festlegen, was menschliche Bedürfnisse im allgemeinen sind und welche Struktur sie annehmen sollten, um mit den Zielen des Systems übereinzustimmen.

3. Die Arbeiter haben keine Möglichkeiten, ihre Freiheitsbedürfnisse zu artikulieren. Die Prinzipien des Pluralismus, der Repräsentation und des Vertrages sind unvereinbar mit der hyperrationalistischen Festlegung der Bedürfnisse.

4. Alle gesellschaftlichen Zielvorstellungen müssen in einer solchen Weise geplant werden, daß sie voll in die autoritative Festlegung des Systems der menschlichen Bedürfnisse eingepaßt werden können.

Die Genese des Systems der Diktatur über die Bedürfnisse wird anhand der Rekonstruktion der wirtschaftspolitischen Debatte zwischen Stalin und Bucharin nachvollzogen. Zu-

nächst lag ein stillschweigendes Einvernehmen aller Bolschewiki vor, daß die ungehemmte Artikulation individueller Bedürfnisse illegitim und gefährlich sei. Im nächsten Stadium kam es zur Festlegung von Prioritäten unter den Interessen verschiedener Gesellschaftsgruppen durch die über ihnen stehende Partei, durch Abstraktion und Mystifikation der empirischen Bedürfnisse. Die Partei festigte dadurch ihre Macht über die Gesellschaft. Im dritten Stadium wurde die objektive Verallgemeinerung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse vorgenommen, d. h. ihre willkürliche Bewertung unabhängig von den Individuen als Trägern empirischer Bedürfnisse⁵⁸).

An diese vorläufige Analyse kann als kritische Reflexion angefügt werden, daß man mindestens folgende drei Bedeutungen von „Diktatur über die Bedürfnisse“ unterscheiden kann:

a) Diktatur in der Form der Nicht-Anerkennung der zum Ausdruck gebrachten Bedürfnisse (z. B. der Konsumbedürfnisse);

b) Diktatur, die sich in der Verhinderung der Bedürfnisartikulation (z. B. des Bedürfnisses nach Redefreiheit, Abschaffung der Zensur, Mehrparteiensystem) manifestiert;

c) Diktatur, der es durch die Manipulation des Alltagslebens gelingt, das Entstehen von bestimmten Bedürfnissen zu verhindern (z. B. der Bedürfnisse nach einem Leben in einem Rechtsstaat, nach Selbstverwaltung in der ökonomischen Sphäre u. ä.).

Während aus manchen Texten A. Hellers⁵⁹) eher darauf geschlossen werden kann, daß sie sich auf die Bedeutungen a) und b) beschränkt, suggeriert die bereits erwähnte Möglichkeit der Kontrolle über die Formen der Verwendung der Freizeit, daß die Autoren auch an die Bedeutung c) gedacht haben: Die Kontrolle über die Sphären der Arbeit und der Freizeit ermöglicht indirekt auch die Kontrolle über das Entstehen und die Entwicklung der Bedürfnisse.

⁵⁶) A. Heller (Anm. 13), S. 111 ff.

⁵⁷) F. Fehér / A. Heller (Anm. 18), S. 29 ff.

⁵⁸) A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 293.

⁵⁹) Siehe z. B. A. Heller (Anm. 13), S. 113 f.

Die Diktatur über die Bedürfnisse impliziert die Teilung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte, den einheitlichen Apparat einerseits und die nicht organisierte, interessenmäßig partikularisierte Bevölkerung andererseits. Da sich diese politische Zweiteilung auch *sozial* und *ökonomisch* niederschlägt, wird damit die unter den osteuropäischen Marxisten intensiv diskutierte Frage aufgeworfen, ob es sich dabei um eine *Klassenteilung* handelt⁶⁰). Charakteristisch für den Apparat ist seine Einheitlichkeit: die Verschmelzung der Funktionen der Zieldefinition, der Aufgabenausführung und der Kontrolle (im Unterschied zu einer rein exekutiven Bürokratie im Weberschen Sinne). Durch die Zirkulation der Amtsträger wird erreicht, daß sie sich nicht mit einem besonderen Amt, sondern mit dem gesamten Apparat identifizieren und dadurch in die Lage versetzt werden, das übergeordnete Partei- und Staatsinteresse zu vertreten. Trotz der Tatsache aber, daß dieser ein Monopol über alle Positionen gesellschaftlicher Macht besitzt, bilden seine Mitglieder wegen ihrer Ideologie kein Klassenbewußtsein im Sinne des Interessengegensatzes zu anderen gesellschaftlichen Gruppen aus — sie verstehen sich alle als Vertreter des öffentlichen Interesses, im Unterschied zu der Masse, die das Staatsprinzip und -interesse nicht begreift. Dieses Verhältnis zu der Masse ist jedoch nicht das Ergebnis eines objektiven ökonomischen Mechanismus. Wird also, wie bei Marx, der Klassenbegriff an das Vorhandensein eines solchen Mechanismus gebunden, können die Mitglieder des Apparats nicht als eine Klasse bezeichnet werden.

Das zweite Element des Marxschen Klassenbegriffs ist der Klassengegensatz. Trotz der Schwierigkeiten, die Grenzlinie zwischen der herrschenden korporativen Gruppe und der restlichen Bevölkerung zu ziehen, ist der Interessengegensatz, „der zwischen dem Personenkreis, der das Monopol über die Staatsmacht in jedweder Form besitzt und alle damit verbundenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Vorteile genießt, der also mit seiner Praxis die Herrschaft des Apparats über die Gesellschaft verwirklicht, und den Menschen besteht, die keinerlei Mitspracherecht in den gemeinsamen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens ihr eigen nennen und für sie unkontrollierbaren Entscheidungen unterworfen sind, die bis in ihr Privatleben hineinwirken“⁶¹), offenkundig: „Die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts durch den Apparat als Körperschaft, welche die mate-

rielle Basis für seine spezifische Herrschaftsform liefert — verwirklicht in der Kontrolle, Verfügungs- und Bestimmungsgewalt, die seine Mitglieder über den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und die Verteilung der Resultate der Produktion innehaben —, konfliktiert aufs Schärfste mit den unmittelbaren materiellen wie den objektiven langfristigen Interessen der Produktionsarbeiter sowie der unterdrückten Mehrheit der Bevölkerung.“⁶²) Dieser Interessengegensatz, der auch zu offenem Konflikt führen kann, rechtfertigt die Verwendung des Klassenbegriffs: „Wird der Klassenbegriff in seinem allgemeinen, weniger präzisen korrelativen Sinn herangezogen, dann liegen triftige Gründe vor, die Sowjetgesellschaften als neue historische Form der Klassengesellschaft zu betrachten. Exakter ausgedrückt, beobachten wir in den Sowjetgesellschaften tiefgehende strukturelle Tendenzen zur *konstanten Reproduktion des dichotomischen Interessengegensatzes* zwischen der herrschenden korporativen Gruppe und der unorganisierten, amorphen Vielheit der unmittelbaren Produzenten.“⁶³) Zu derselben Schlußfolgerung führt auch die Untersuchung der Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Allerdings wird der Klassenbegriff auch an die Existenz pluralistischer Gesellschaftsformen gebunden, die in den realsozialistischen Gesellschaftssystemen nicht vorhanden sind, was zur Schlußfolgerung führt, daß es sich bei den Sowjetgesellschaften *nicht* um Klassengesellschaften handelt⁶⁴).

In der *ökonomischen Sphäre* äußert sich die Diktatur über die Bedürfnisse in der Grundfunktion der Elite in Staat und Partei, die in der „*Maximierung des Gesamtumfanges materieller Mittel*, die als Gebrauchswerte der umfassenden Verfügungsgewalt des Machtapparates unterstehen“⁶⁵), primär der Produktionsmittel, besteht. Nur jene Produktionsmittel gelten als „Realkosten“ der Produktion und nur solche Produkte werden als Maß ihrer „Nützlichkeit“ gesehen, die unter der Verfügungsgewalt des Staates stehen. Im Gegensatz dazu finden Kosten und Nutzen (Werte), die im Privatbereich bleiben, nicht nur keinen Eingang in die offiziellen Berechnungen, sondern zählen nicht einmal „als Teil des gesellschaftlichen Reichtums. Vielmehr verkörpert es eine Bedrohung des Apparats, weil es sei-

⁶²) Ebd., S. 150.

⁶³) Ebd.

⁶⁴) Ebd., S. 287f. Im Unterschied zu der zuerst dargelegten Klassenanalyse von G. Márkus kommt F. Feher, der den dritten Teil des Buches geschrieben hat, zu der letzten Schlußfolgerung.

⁶⁵) Ebd., S. 84f.

⁶⁰) A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 128—157 pass.

⁶¹) Ebd., S. 148f.

nen formalen oder faktischen Eigentümern ein gewisses Maß wirtschaftlicher Unabhängigkeit ermöglichen kann⁶⁶⁾ — weil für diese Werte nicht garantiert werden kann, daß sie im Einklang mit den von dem Apparat definierten Zielen der Gesellschaftsentwicklung verwendet werden. Darüber hinaus verhindert die zentrale Kontrolle das Entstehen einer selbständigen ökonomischen (aber auch gesellschaftlichen und kulturellen) Dynamik, was dazu führt, daß das ökonomische Wachstum ein parasitärer Abklatsch der in anderen Gesellschaften nach „fremden“, d. h. kapitalistischen Mustern entwickelten Effektivitätssteigerung bleibt. Die auf dieser Plagiierung beruhenden Entwicklungsformen bleiben daher extensiv und erfüllen primär den Zweck der Erweiterung der materiellen Basis des bestehenden Herrschaftssystems⁶⁷⁾.

Die Dysfunktionalität des Planungssystems führt jedoch in der Form der *nichtoffiziellen Ökonomie* zur Herausbildung eines besonderen Bereichs individueller Initiative. Dabei können zwei Bereiche dieser Ökonomie unterschieden werden: Die „zweite Ökonomie“ birgt alle privaten Unternehmungen und Aktivitäten, die nach den Regeln des Marktes funktionieren und die Lücken der Zwangswirtschaft schließen. Die „dritte Ökonomie“ „schließt die Lücken, die durch die Widersprüche der Produktionsorganisation in der ersten Ökonomie gerissen werden“⁶⁸⁾. Sie beruht auf dem Tausch von Produkten und Dienstleistungen auf der Grundlage persönlicher Beziehungen der Angehörigen der Betriebsleitungen und ist, als eine illegale Form von Naturalwirtschaft, schwer von gewöhnlicher Korruption zu unterscheiden. Sie erschwert die zentrale Planung. Ein weiterer Grund für das Entstehen der nichtoffiziellen Ökonomie ist die Tatsache, daß man sich in der Produktion ständig an der Grenze des materiell Möglichen bewegt, so daß die Produktion und nicht die Nachfrage über das Konsumgüterangebot entscheidet. Resultat ist ein Mangel an den von den Menschen gewünschten Waren und Konsumgütern, die sich durch staatlich reglementierte Preise und häufig schlechte Qualität auszeichnen. Dadurch wird eine Kontrolle über den Konsum ausgeübt⁶⁹⁾.

Die Zwangswirtschaft, die Diktatur über die Bedürfnisse und der Patriarchismus des Staates

enthalten als wichtiges Element der Legitimation des Systems auch eine sozialpolitische Dimension, die seine Charakterisierung als *garantierte Gesellschaft* rechtfertigt, in der der Staat als Garant der Realisierung des sozialistischen Ziels und somit auch sozialpolitischer Aufgaben auftritt. In ihr verzichtet das Individuum zugunsten der Garantie eines Minimallebensstandards auf Alternativen in Staat und Gesellschaft, auf die Machbarkeit der Zukunft, seine Freiheit und das Recht des kritischen Gebrauchs der Vernunft⁷⁰⁾.

Die Kehrseite dieser Garantie und der hyper-rationalistischen Zielsetzungen ist die *Irrationalität* des gesamten Systems. Zu den Prinzipien und Kriterien einer rationalen Gesellschaft gehören: rationale Planung und Organisation, Herstellung der gesellschaftlichen Harmonie, Anerkennung der Werte der Aufklärung (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) und die Verweigerung der Existenzberechtigung jeglicher Diskriminierung aus Gründen der Rassen-, Kasten- oder Klassenzugehörigkeit⁷¹⁾. Diese Kriterien der Rationalität werden nicht erfüllt: Betriebe, die am Bedarf vorbei produzieren, werden nicht geschlossen, was zur Abfallproduktion, Verschwendung von menschlicher Energie und Rohstoffen und daher zur Reproduktion von Mangel führt; die Werte der Aufklärung werden faktisch nicht anerkannt und die Klassendiskriminierung ist offenkundig.

Gegen den Anspruch des Systems auf materielle Rationalität muß vielmehr von einer *Rationalitätskrise neuen Typs* gesprochen werden. Sie resultiert aus vier systemischen Widersprüchen:

1. Das Ziel der Expansion der Produktion führt zur Erweiterung der Verfügungsgewalt des Herrschaftsapparates über den materiellen Reichtum.
2. Mit der Abschaffung des Marktes wurde das einzige Berechnungssystem zerstört, auf dessen Grundlage eine mathematische Vorhersage des Wirtschaftsgeschehens als denkbar erschien und Kostenberechnungen für Reproduktion und Distribution rational durchgeführt werden könnten.
3. Die Diktatur hat alle Werte, auf denen eine allgemeine gesellschaftliche Rationalität begründet werden konnte, sowie die freien Medien zur Äußerung individueller Bedürfnisse und Gesellschaftskritik unterdrückt.
4. Die im Marxismus begründete emanzipatorische Absicht, das bloße ökonomische Profitstreben einer allgemeinen gesellschaftlichen

⁶⁶⁾ Ebd., S. 86.

⁶⁷⁾ Ebd., S. 90.

⁶⁸⁾ Ebd., S. 124.

⁶⁹⁾ Ebd., S. 109f. und G. Márkus, *Planning the Crisis: Remarks on the Economic System of Soviet-Type Societies*, in: *Praxis International*, 1 (1981) 3, S. 240—257, S. 250—253.

⁷⁰⁾ A. Heller u. a. (Anm. 17), S. 286.

⁷¹⁾ Ebd., S. 275f.

Rationalität unterzuordnen, hat nicht nur zu einem verschwenderischen ökonomischen System geführt, das den menschlichen „Kostenfaktor“ völlig ignoriert, sondern auch viele „formale“ Rationalitätszusammenhänge zerstört — vor allem das „formale“ Rechtssystem⁷²⁾.

Zusammenfassend charakterisieren Heller, Fehér und Márkus die Diktatur über die Bedürfnisse als einen *pervertierten Radikalismus*. Der Marxsche Mensch als Norm, reich an Bedürfnissen und frei, diese zu artikulieren, wird total unterdrückt, indem die Bedürfnisse gleichgeschaltet und unter den Willen der Machthaber subsumiert werden. Die Radikalität dieser Unterdrückung ist aus dieser Sicht pervertiert. Weitere Manifestationen des pervertierten Radikalismus sind die An-

strengungen der Machtzentren, die Gesellschaft in eine einheitliche „Gemeinschaft“ zu verwandeln (ohne den besonderen Status des korporativen Machtapparats abzuschaffen), die Menschen von ihrem „bourgeoisien“ Egoismus durch Unterdrückung der Privatsphäre zu befreien und die terroristische Tendenz, die ganze menschliche Persönlichkeit zu erfassen, um sie umzuerziehen — d. h. den Menschen zu verstaatlichen⁷³⁾. „Prinzipiell hat der Souverän, die Partei bzw. ihre Führung, nie aufgegeben, was offiziell ‚kommunistische Sittlichkeit‘ genannt wird: das Recht eines selbst ernannten Machtapparats, über das gesamte Leben, die Sitten, Neigungen, Motivationen, die Zukunft und sogar die physische Existenz der individuellen Person zu disponieren.“⁷⁴⁾

VI.

Der dargestellte gegenwärtige Zustand der osteuropäischen Gesellschaften, aber auch das kritische Verhältnis gegenüber dem westlichen Kapitalismus, hat die „Budapester Schule“ dazu veranlaßt, ausgehend von der *regulativen Idee der Aufhebung der Entfremdung* (im Unterschied zu der messianischen Verheißung ihrer nahen und möglicherweise sogar planbaren völligen Aufhebung)⁷⁵⁾, einzelne Elemente einer nicht-entfremdeten Gesellschaft etwas genauer zu skizzieren. Diese Leitidee einer Aufhebung der Entfremdung, die zugleich auch als der utopisch-normative Ausgangspunkt ihrer Kritik der sowjetischen Gesellschaftsformationen verstanden werden kann, enthält als Elemente: weiteres Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums; die Möglichkeit, daß alle über die selbstgeschaffene Objektivationen verfügen; die Aufhebung der Arbeitsteilung und hierarchischer Unterordnungsverhältnisse sowie den reflektierten Umgang mit vorgefundenen Wissens- und Verhaltensmustern⁷⁶⁾. Um diese Elemente zu realisieren, muß zwischen Besitz (Haben) und Aneignung als Momenten des Eigentums unterschieden werden: „Die *Aneignung*, als das andere Moment des Eigentums, enthält:

a) die Befriedigung der auf die Produktion bezogenen, dort entstandenen, sich dort realisie-

renden und durch sie neugeschaffenen Bedürfnisse,

b) die Mitentscheidung (Disposition) hinsichtlich der Produktion, Distribution und Konsumtion,

c) ferner die Disposition über alle Vorbedingungen derselben.“⁷⁷⁾

Auf die Produktion beziehen sich also sowohl Konsumtions- als auch Tätigkeitsbedürfnisse. Dabei soll der Besitz beibehalten werden, weil der „bedürfnisreiche Mensch“ immer mehr Güter für seine Bedürfnisbefriedigung braucht. Der Besitz soll jedoch nicht mehr das Zentrum der gesellschaftlichen Dynamik sein, weil der Mensch seine „Wesenskräfte“ und solche Bedürfnisse entwickelt, die im Aneignungsprozeß befriedigt werden können. Die Besitznahme schließt nicht notwendigerweise die anderen Menschen aus, sondern vereint sie in die auf denselben Gegenstand bezogenen Aneignungsprozesse.

Da aus Gründen der ökonomischen Notwendigkeit der Warenaustausch bestehen bleiben muß⁷⁸⁾, muß durch den Aneignungsprozeß eine vom Besitz nicht determinierte *Redistribution* stattfinden, die sich nicht nur auf die produzierten Güter bezieht, sondern eine neue gesellschaftliche Gesamtstrategie darstellt. Diese ist durch die ständige Neuvertei-

⁷²⁾ Ebd., S. 279—282.

⁷³⁾ Ebd., S. 298 ff.

⁷⁴⁾ Ebd., S. 300.

⁷⁵⁾ Siehe dazu z. B. A. Hegedüs, *Der Messianismus ist ein „Verbrechen gegen die Menschheit“*, in: *Links*, 12 (1981) 128, S. 19f.

⁷⁶⁾ F. Fehér / A. Heller (Anm. 18), S. 19.

⁷⁷⁾ Ebd., S. 62. Eine eingehende Analyse der Formen und Möglichkeiten der Dominanz der Aneignung über die in Entfremdung resultierenden Formen von Besitz und Eigentum ist zu finden in: F. Fehér / A. Heller (Anm. 5), S. 16—18.

⁷⁸⁾ F. Fehér / A. Heller (Anm. 18), S. 65f.

lung aller materiellen und geistigen Kräfte der Gesellschaft gekennzeichnet und beruht auf der gleichen Möglichkeit aller einzelnen, am Entscheidungsprozeß über diese Neuverteilung teilzunehmen⁷⁹⁾.

Die Gleichheit in der Sphäre des Entscheidens setzt eine hohe und weiter wachsende Entscheidungskompetenz aller Teilnehmer sowie in allen Sphären gleiche objektive Bedingungen der Entscheidungsfindung voraus. Da nicht alle Menschen in allen Sphären kompetent sein können, wird ihre Kompetenz in einigen sozial relevanten Fragen gefordert⁸⁰⁾. Zu diesem Zweck müssen die Kultur und die ihr unterliegende Infrastruktur der Marktregulierung entzogen werden und die Chancen zur Teilnahme des einzelnen an der Kultur müssen unabhängig vom Besitz sein⁸¹⁾.

Im Bereich der menschlichen Lebensformen ist die Aufhebung der Entfremdung möglich, wenn neue Gemeinschaften gebildet werden, die auf gleicher Ebene in Beziehung treten, dabei jedoch ihre unverwechselbare Eigenart behalten⁸²⁾. Nur im Rahmen solcher Gemeinschaften ist die Entfaltung vielfältiger qualitativ-radikaler Bedürfnisse vorstellbar. Im Unterschied zu herkömmlichen Gemeinschaftsformen (Freundschaft in griechischer Polis, Familie heute) sind sie nicht staatskonstituierend, sondern staatsbürgerkonstituierend. In ihnen wird sich ein neuer Persönlichkeitstypus vollenden können, dessen qualitative Bedürfnisstruktur und die Orientierung auf die Aneignung ihn zu wechselseitigen Geschenkgesten fähig machen wird⁸³⁾.

Im heutigen Osteuropa werden nur wenige Schritte von wenigen Menschen in diese Richtung getan, weil die Übermacht des Systems bei der Bevölkerung das Bewußtsein völliger Ohnmacht fördert. „Darum werden heute neue Formen der Aufklärung verzweifelt dringend benötigt, aber nicht die Aufklärung derjenigen, die auftreten, als hätten sie den Stein des Weisen in der Tasche und uns erzählen, was getan werden muß, um von der Hölle ins Land der Verheißung aufzusteigen. Es werden jedoch Formen gegenseitiger Aufklärung gebraucht, und nicht nur über die Frage, was zu tun ist, sondern auch über die Fragen, *wie* kann es getan werden und *was* kann getan werden. Wenn wir über diese Probleme gemeinsam nachdenken können, können wir zumindest einige Schritte gemeinsam gehen.“⁸⁴⁾

Gegen eine globale Charakterisierung, wie sie im Begriff „Diktatur über die Bedürfnisse“ verdichtet ist, läßt sich natürlich einwenden, daß sie einer neuen und komplizierten sozialen Wirklichkeit nicht voll gerecht wird. Man kann z. B. darauf hinweisen, daß sie nicht alle wichtigen Elemente des Sowjetsystems subsumiert, wie etwa die Förderung der Bildung, der Kunst und der Wissenschaft — wenngleich auch heute noch in Verbindung mit ideologischer Indoktrination und Zensur. Eine solche Kritik würde aber vermutlich die Intention der „Budapester Schule“ mißverstehen: Die theoretische Bedeutung des Begriffs „Diktatur über die Bedürfnisse“ liegt nicht in der „richtigen“ Benennung eines Phänomens, sondern in der Wahl einer solchen Bezeichnung, die die *weitere Forschung stimuliert* und sie auf die zentralen Elemente des bezeichneten Phänomens orientiert und lenkt. Dieser Zielsetzung dürfte das Forschungskonzept der „Budapester Schule“ gerecht werden.

⁸⁴⁾ Ebd., S. 22f.

⁷⁹⁾ Ebd., S. 69.

⁸⁰⁾ Ebd., S. 73.

⁸¹⁾ Ebd., S. 80.

⁸²⁾ Ebd., S. 87.

⁸³⁾ Ebd., S. 89f.

Jugoslawien — fünf Jahre nach Titos Tod

Einleitung

Nachdem das hohe Alter Titos die politische Publizistik schon in den frühen siebziger Jahren zu immer neuen Spekulationen über das Schicksal Jugoslawiens „nach Tito“ angeregt hatte, trat im Mai 1980 mit dem Tode des Partei- und Staatschefs die viel beschworene Belastungsprobe für den Vielvölkerstaat ein. Nunmehr hatte es sich zu entscheiden, ob das von ihm hinterlassene System des jugoslawischen Sozialismus stabil genug sein würde, auch ohne den Integrations- und Machtfaktor Tito auszukommen.

Der Verlust dieser Führungspersönlichkeit traf Jugoslawien aber nicht unvorbereitet. Schon seit Beginn der siebziger Jahre hatte Tito begonnen, in Staat und Partei Vorkehrungen zu treffen, die darauf gerichtet waren, dem Lande auch ohne seine Führung innere und äußere Stabilität zu sichern. Um eine Bestandsgefährdung des Staates nach Titos Tod zu vermeiden, wurde ein System gleichberechtigter Teilhabe aller föderativen Gliedstaaten an der Politikgestaltung erdacht: Die Kompetenzen des Bundes wurden seit Beginn der siebziger Jahre rigoros zugunsten der Republiken und Provinzen beschnitten, und selbst die beim Bund verbliebenen Entscheidungen sollen aus der Absprache der föderativen Teileinheiten hervorgehen. Bei wichtigen Fragen ist gar der Konsens aller Republiken und der beiden Provinzen erforderlich. Alle zentralen Machtorgane werden paritätisch aus Repräsentanten der Republiken und — mit etwas geringerem Vertretungsanspruch — der Provinzen zusammengesetzt.

I. Die Wirtschaftskrise

Nirgends wurde dies so schnell und so nachhaltig deutlich wie auf wirtschaftlichem Gebiet; nirgends zeigte sich aber auch so klar, daß die gegenwärtige Krise letztlich ein Ergebnis der Fehler in der Spätphase der Ära Titos ist. Relativ günstige Wachstumsraten von jährlich 5,7% in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatten allzu leicht vergessen lassen, daß diese dynamische Wirtschaftsentwicklung auf einer inflatorischen Finanzierung und vor allem auf einer bedenkenlosen Nutzung ausländischer Kredite aufgebaut

Um die Herausbildung von Machtzentren zu verhindern, regte Tito zudem ein Jahr vor seinem Tod an, die Führungsposten von Partei und Staat nur für die Dauer eines Jahres und nach einem Rotationsverfahren mit Vertretern der Republiken und Provinzen zu besetzen.

Der geordnete Übergang vom alten Staats- und Parteichef zu einem Kollektiv von im Ausland weithin unbekanntem Funktionären demonstrierte in den Tagen des Mai 1980 der Welt, daß diese Nachfolgeregelung tragfähig zu sein schien. Der amerikanischen Politologe George Zaninovich sah in dem reibungslosen Wechsel von der Tito- zur Nach-Tito-Ära gar ein „unique experiment among communist systems“ — ein Lehrstück für jene westlichen Sozialwissenschaftler, die es gewohnt waren, Jugoslawien nur aus der „internal crisis perspective“ zu betrachten¹⁾. Die lange Krankheit des Staatschefs hat den problemlosen Übergang dabei zweifelsohne erleichtert. Der jährliche Wechsel an der Spitze von Partei und Staat hat die Funktionsfähigkeit des rotierenden Führungssystems aber auch über die Zeit der unmittelbaren Nachfolge hinaus seither mehrfach bestätigt.

Daß damit aber allenfalls *eine* Voraussetzung für die Wahrung von Stabilität geschaffen war, sollte sich schon bald nach dem Tode Titos zeigen. Wohl mit Ausnahme der Außenpolitik haben sich seither nämlich beinahe alle Teilbereiche jugoslawischer Politik als ausgesprochen krisenanfällig erwiesen.

war²⁾. Die ungehemmte Investitionstätigkeit der siebziger Jahre war aber nicht nur „geborgt“, sie erbrachte zudem auch ökonomisch

¹⁾ G. Zaninovich, Yugoslav Succession and Leadership Stability, in: Studies in Comparative Communism, 16 (1983) 3, S. 179.

²⁾ Zur Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre vgl. f. G. Lemán, Jugoslawien, in: H. H. Höhmann (Hrsg.), Die Wirtschaft Osteuropas und der VR Chinas zu Beginn der 80er Jahre, Stuttgart u. a. 1983, S. 329ff. und: International Monetary Fonds (Ed.), IMF-Survey, Nr. 5 vom 8. März 1982.

höchst zweifelhafte Resultate. Regionale Wirtschaftsinteressen verleiteten nicht selten zu einer unsinnigen Duplizierung der Kapazitäten. Eine niedrige Arbeitsproduktivität und ungenügende Qualität bei gleichzeitig relativ hohen Preisen machten jugoslawische Waren auf dem Hartwährungsmarkt zudem nicht konkurrenzfähig. Die Exporttätigkeit verlagerte sich so zunehmend auf den im Clearing-Verfahren abgewickelten „Osthandel“. Der mangelnden Exportfähigkeit trat dabei eine nur gering ausgeprägte Exportneigung jugoslawischer Unternehmen zur Seite, da diese aufgrund der starken Binnennachfrage den bequemen inneren Markt dem Exportrisiko vorzogen. Bei stetig steigenden Importen aus Hartwährungsländern hatte diese Exportschwäche die entsprechend fatalen Folgen für die jugoslawische Leistungsbilanz. Gastarbeiter-Transferzahlungen und die Einnahmen aus dem Tourismus waren immer weniger in der Lage, das durch handelspolitische Unausgewogenheit gerissene Loch zu stoppen.

Zur verfehlten Wirtschaftspolitik kamen ungünstige exogene Faktoren wie der Anstieg der Ölpreise und die Zinssprünge auf dem internationalen Kapitalmarkt. Beide Faktoren verschärften die negativen Auswirkungen einer auf externe Mittel angewiesenen Wirtschaftsstrategie. Aber auch die zu Beginn der siebziger Jahre eingeleiteten Reformen des Selbstverwaltungssystems wirkten sich effizienzmindernd und damit krisenverschärfend aus. Vor allem die radikale Dezentralisierung der Unternehmen durch die Schaffung kleiner, aber weitgehend autonomer „Grundorganisationen der vereinigten Arbeit“ innerhalb der Betriebe erschwerte die unternehmerische Entscheidungsbildung, zersplitterte das Betriebskapital und förderte so den durch Inflation und niedrige Zinsen ohnehin bereits ausgeprägten Trend zur Fremdfinanzierung von Investitionen noch zusätzlich.

Die Folge dieser Politik der siebziger Jahre war eine wachsende Verschuldung des Landes, die zu Beginn dieses Jahrzehnts pro Kopf sogar die Polens überstieg. Hatten die Auslandsschulden 1975 noch bei 5,75 Mrd. Dollar gelegen, so schnellten sie bis 1984 auf ca. 20 Mrd. Dollar hoch³⁾. Zinsen und Tilgung werden das Land noch bis mindestens 1990 jährlich mit über 5 Mrd. Dollar belasten; allein der Schuldendienst hat in den vergangenen zwei Jahren ca. 60% der jugoslawischen

Deviseneinnahmen geschluckt⁴⁾. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß auch in diesem Jahr die notwendigen 5,4 Mrd. Dollar — nach anderen Angaben gar 6 Mrd. — wohl nicht aufzubringen sein werden⁵⁾.

Die jugoslawische Regierung reagierte auf die sich zuspitzende Situation im Herbst 1982 mit einem rigiden Austerity-Programm, dessen oberstes Ziel die Erhaltung der Liquidität war. Mit drastischen Importrestriktionen und einer verstärkten Exportorientierung wollte man den Liquiditätsengpass überwinden. Durch Einschränkung der freien Verfügbarkeit der Devisenkonten jugoslawischer Bürger sowie durch die (inzwischen wieder aufgehobene) Erschwerung von Auslandsreisen sollte der Devisenabfluß verhindert werden. Die zeitweilige Rationierung von Benzin, täglich mehrstündige Stromabschaltungen sowie die Verknappung von Waren des täglichen Gebrauchs prägten im Winter 1982/83 einen seit den ersten Nachkriegsjahren in dieser Weise nicht mehr gekannten Krisenalltag.

Waren diese Maßnahmen als kurzfristig wirkendes Krisenmanagement zur Überwindung der akuten Liquiditätsprobleme und damit zur Besänftigung der internationalen Gläubiger gedacht, so sollte das im Juli 1983 mit großem propagandistischem Aufwand ins Werk gesetzte „Langfristige Stabilitätsprogramm“ dem schrittweisen Strukturwandel der jugoslawischen Wirtschaft hin zu mehr Effizienz und zu größerer Integration in den Weltmarkt dienen. In einer ersten Phase bis 1986 sollten die Zahlungsbilanz stabilisiert, die Exportorientierung weiter verstärkt, die Inflation bekämpft sowie die längst überfällige Überprüfung des Kredit-, Devisen- und Preissystems vorgenommen werden. In den darauffolgenden Jahren soll dann eine langfristig wirksame Modernisierung der jugoslawischen Wirtschaft in Angriff genommen werden⁶⁾.

Die ergriffenen Maßnahmen zielten nicht zuletzt darauf, die internationalen Banken für weitere Hilfsmaßnahmen zu gewinnen. Nachdem schon im März 1983 Banken und Internationaler Währungsfonds (IWF) mit Finanzhilfen und Zahlungsaufschub eingesprungen waren, kam im März 1984 nach langen und zähen Verhandlungen mit dem IWF ein Finanz-

⁴⁾ I. Reuter-Hendrichs, Anpassungsmechanismen und Zugzwang in der Außenwirtschaft Jugoslawiens, in: Südosteuropa, 34 (1985), S. 97.

⁵⁾ Handelsblatt vom 5. September 1984; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 24. Januar 1985.

⁶⁾ Polazne osnove dugoročnog programa ekonomske stabilizacije, 3 Bände, Sarajevo 1983 (zit. als: Stabilitätsprogramm).

³⁾ Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 8. Juli 1983; J. Reuter, Zur Wirtschaftslage Jugoslawiens, in: Südosteuropa, 33 (1984), S. 117.

paket von 3,5 Mrd. Dollar zur Überbrückung der Liquiditätsprobleme zustande. Auch für 1985/86 wurde den Jugoslawen ein Überbrückungskredit avisiert⁷⁾. Anders als in früheren Jahren war man allerdings nurmehr um den Preis konkreter Auflagen bereit, Jugoslawien unter die Arme zu greifen. So verpflichtete das IWF-Abkommen die jugoslawische Regierung zu vier Reformen:

— Abwertung des Dinars um real 25% sowie eine regelmäßige Anpassung der jugoslawischen Währung an den realen Außenwert,

— Einführung positiver realer Zinsen,

— Aufhebung der administrativen Preisbildung für die Mehrheit der Waren sowie

— Stärkung der Finanzdisziplin der Unternehmen, denen bei Verlusten oder Nichterfüllung finanzieller Verpflichtungen eine unterdurchschnittliche Einkommensanhebung verordnet wurde.

Man würde den jugoslawischen Stabilitätsbemühungen nicht gerecht werden, wollte man ihnen jeglichen Erfolg absprechen. Im ganzen freilich kann von einem Durchbruch zum Besseren noch keine Rede sein. Positive Effekte wurden vor allem hinsichtlich einer Verbesserung der Leistungsbilanz erreicht, also in einem Sektor, in dem der größte Erfolgsdruck gegenüber den westlichen Gläubigern bestand. Die 1983 eingeleitete Politik der rigiden Importdrosselung und des Exports um jeden Preis erbrachte erstmals seit 1976 wieder einen Leistungsbilanzüberschuß⁸⁾. Das Defizit im Handel mit Hartwährungsländern, das 1979 die Rekordhöhe von über 6 Mrd. Dollar erreicht hatte, konnte 1983 auf 1,8 Mrd. Dollar reduziert werden. Die Deckungsrate der Importe, die 1979 bei nur knapp 50% gelegen hatte, schnellte auf über 80% hoch. Diese Erfolge des Jahres 1983 waren jedoch nicht Ergebnis eines insgesamt gestiegenen Exportvolumens, sondern gingen zum einen auf eine Umleitung der Exporte vom Clearing- auf den Hartwährungssektor zurück; zum anderen waren sie Ergebnis der ständigen Importbeschränkungen, mit denen selbst zu Lasten der einheimischen Produktion die Einfuhren gedrosselt worden waren.

Die 1983 erzielte Verbesserung der Leistungsbilanz setzte sich auch 1984 fort. Im Unterschied zu 1983 war das Leistungsbilanzplus des vergangenen Jahres jedoch ein Ergebnis

realer Exportsteigerungen von insgesamt 6%. Von besonderem Wert war dabei die Zunahme des Exports in den konvertiblen Sektor, der um 9% gegenüber 1983 stieg⁹⁾. Dennoch blieb dieses Ergebnis weit unter dem erhofften Zuwachs von 17%. Der Durchbruch auf dem westlichen Markt gelang somit auch 1984 nicht. Zudem zeigte sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 1984 ein deutlicher Trend zur Abschwächung der Exportexpansion, so daß zweifelhaft ist, ob das Ergebnis des Vorjahres zu wiederholen sein wird.

Die Verbesserung der Leistungsbilanz war jedoch nicht ohne erhebliche negative Begleitumstände zu erzielen, denn die bedingungslose Exportoffensive bedeutete zugleich eine erhebliche Beeinträchtigung der einheimischen Produktion. Der den Jugoslawen auferlegte Zwang zur Devisenerwirtschaftung führte bisweilen zu absurden Ergebnissen. So wurden im Inland dringend benötigte Rohstoffe und Repromaterialien exportiert und mußten, wie z. B. in der Autoindustrie, anschließend wieder teurer importiert werden. Auch die angestrebte Verbesserung der Warenstruktur bei Exporten konnte nicht erreicht werden. Nach wie vor dominieren unter den exportierten Gütern Rohstoffe und Halbfertigwaren, während Endprodukte nur schwer abzusetzen sind¹⁰⁾.

Neben der Verbesserung der Leistungsbilanz wird man wohl auch die Steigerung der Industrieproduktion, die 1983 um 1,3% und 1984 um 5,3% anstieg, als Teilerfolg der bisherigen Stabilitätsbemühungen werten dürfen¹¹⁾. Bei Aufrechterhaltung der strikten Begrenzung der Investitionen, die 1983 um 13% und 1984 um 10% rückläufig waren, dürften einer weiteren Steigerung der Industrieproduktion allerdings Grenzen gesetzt sein.

Während die Leistungsbilanzzerholung und die Hebung der Industrieproduktion als positive Ansätze der jugoslawischen Stabilisierungsbemühungen zu werten sind, ist man in allen anderen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens unverändert weit von einer Besserung entfernt. Dies gilt vor allem für die Inflation, die in den ersten Monaten dieses Jahres auf ca. 80% angestiegen ist¹²⁾. Alle von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, die sich allerdings vorwiegend in administrativ verhäng-

⁷⁾ NIN, Nr. 1773, vom 11. März 1984, S. 10f.; J. Reuter, Jugoslawiens Abkommen mit dem IWF, in: Südosteuropa, 33 (1984), S. 197ff.; NZZ vom 19. Dezember 1984.

⁸⁾ OECD Economic Survey, Yugoslavia 1985, S. 34; I. Reuter-Hendrichs (Anm. 4), S. 103; NZZ vom 4. Januar 1985.

⁹⁾ Nachrichten für den Außenhandel, Nr. 47, vom 7. März 1985; Handelsblatt vom 28. Januar 1985.

¹⁰⁾ Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Januar 1985, S. 4 u. Tab. 3; Auslandsmärkte (Lausanne) vom 4. Februar 1985.

¹¹⁾ Ekonomiska Politika, Nr. 1706, vom 10. Dezember 1984, S. 28f.

¹²⁾ NIN, Nr. 1794, vom 19. Mai 1985, S. 14.

ten Preisstopps erschöpften, haben bislang keine Wirkung gezeigt. Zum Teil stellten sich sogar gegenteilige Wirkungen ein, so im Dezember 1983, als das vorzeitige Bekanntwerden eines Preisstopps zu einem erheblichen Teuerungsschub führte.

Auch die rückläufige Arbeitsproduktivität — sie zählt zu den niedrigsten in Europa — konnte nicht gestoppt werden und sank allein seit 1980 um 4%¹³⁾. Ursächlich für deren niedriges Niveau sind zum einen hohe Fehlzeiten und eine gering ausgeprägte Arbeitsdisziplin. Zum anderen fällt auch der Lohn als Anreiz für Produktivitätssteigerungen aufgrund der hohen Inflation und damit verbundener Reallohneinbußen zunehmend aus. Nicht zuletzt stehen aber auch die trotz Wirtschaftskrise immer noch recht expansive Beschäftigungspolitik und eine latente Überbeschäftigung, insbesondere in der Verwaltung, einer Produktivitätssteigerung im Wege.

Nach wie vor uneingelöst ist aber vor allem die im Stabilitätsprogramm angestrebte Strukturreform der jugoslawischen Wirtschaft, die eine Besserung nicht von kurzfristigen „Roßkuren“ abhängig macht. So wartet die beabsichtigte Reform des Planungs-, Kredit- und Devisensystems immer noch auf ihre Vollendung¹⁴⁾. Ihre Ergebnisse bleiben ebenso abzuwarten wie die im vergangenen November beschlossenen Erleichterungen für ausländische Investoren, die dazu dienen sollen, den bislang marginalen Anteil ausländischer Investitionen am Gesamtinvestitionsvolumen (0,6%) zu steigern¹⁵⁾. Alle strukturellen Reformabsichten werden dabei freilich nicht

zuletzt durch die sich blockierenden Interessen der Republiken und Provinzen erschwert, auf die noch näher einzugehen sein wird.

Sowohl die bisherigen Ergebnisse des Sanierungskurses als auch die wenig ausgeprägte Fähigkeit der politischen Führung zur Verwirklichung der Reformabsichten machen es daher wenig wahrscheinlich, daß die für das Jahr 1985 gesteckten Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3% in diesem Jahr wird von ausländischen Beobachtern als zu optimistisch angenommen. Auch die avisierte Steigerung der Exporte um 12% scheint nach den Ergebnissen der ersten drei Monate dieses Jahres kaum mehr realisierbar. Das Exportvolumen lag insgesamt in diesem Zeitraum nur um 1% über dem des vergangenen Jahres. Im konvertiblen Sektor war die Ausfuhr gar um 5% geringer¹⁶⁾. Die bis 1990 angestrebte Reduzierung der Auslandsverbindlichkeiten von 19 auf 16 Mrd Dollar wurde daher selbst unter den Abgeordneten der Bundesversammlung als zweifelhaft angesehen¹⁷⁾. In jedem Fall wird die Erreichung dieses Ziels ohne die Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds (IWF) kaum zu erreichen sein. Die jugoslawische Ankündigung, künftig keine „Diktate“ ausländischer Banken und des IWF mehr zu akzeptieren und statt dessen auf einem langfristigen Umschuldungsabkommen anstelle der mit strikten Auflagen verbundenen jährlichen Vereinbarungen zu beharren, dürfte dabei allerdings an der nach wie vor schwachen Position Jugoslawiens scheitern.

II. Die soziale Krise

Die wirtschaftlichen Einbrüche der vergangenen Jahre haben zwangsläufig auch zu einer erheblichen Beeinträchtigung der sozialen Lage der Bevölkerung geführt. So sank der Reallohn zwischen 1980 und 1984 um 34%¹⁸⁾. Der monatliche Lohn deckt mittlerweile allenfalls noch zwei Drittel der Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie, — der Rest wird aus Schwarzarbeit, Devisenreserven oder Ersparnissen bestritten. Nebenerwerbslandwirtschaft oder verwandtschaftliche Be-

ziehungen zum Dorfe sind in vielen Fällen der einzige Notnagel, der ein Durchstehen der Krise ohne allzu große Substanzverluste ermöglicht. 2,5 Millionen Menschen, so bilanzierte der „Sozialistische Bund“ im Juli 1984, seien gegenwärtig in die Kategorie der „sozial gefährdeten“ Bürger einzuordnen¹⁹⁾.

Neben den Auswirkungen der Krise auf den Lebensstandard weitet sich die Arbeitslosigkeit immer mehr zum dringendsten sozialen Problem aus. Der Optimismus der frühen siebziger Jahre, als man sich einen schrittwei-

¹³⁾ OECD Economic Survey (Anm. 8), S. 59; Danas, Nr. 132, vom 28. August 1984, S. 22f. (nach NIN, Nr. 1762, vom 7. Oktober 1984, S. 15 betrug der Rückgang sogar 6,3%).

¹⁴⁾ NIN, Nr. 1799, vom 23. Juni 1985, S. 9f.; Danas, Nr. 167 vom 30. April 1985, S. 25f.

¹⁵⁾ Handelsblatt vom 4. Dezember 1984; NZZ vom 19. Dezember 1984.

¹⁶⁾ 8 Novosti, Nr. 269, vom 23. Mai 1985, S. 15.

¹⁷⁾ Politika vom 25. Oktober 1985, S. 1.

¹⁸⁾ NIN, Nr. 1791, vom 28. April 1985, S. 12; Komunist, Nr. 1439, vom 26. Oktober 1984, S. 17.

¹⁹⁾ Danas, Nr. 164, vom 9. April 1985, S. 21f., und NIN; Nr. 1748, vom 1. Juli 1984, S. 12.

sen Abbau der Beschäftigungslosigkeit bis zur Mitte der achtziger Jahre erhoffte, ist längst von der Realität widerlegt worden. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist vielmehr konstant gestiegen und hat mit fast 1 Million mittlerweile eine Quote von 13,1% erreicht. Dabei wurde in Jugoslawien stets eine Politik des gezielten Beschäftigungswachstums betrieben. Seit 1970 wuchs die Zahl der Beschäftigten mit 185 000 pro Jahr doppelt so schnell wie die Erwerbsbevölkerung. Selbst in den vergangenen Krisenjahren hat man auch bei unausgelasteten Kapazitäten und ohnehin niedriger Produktivität die Beschäftigungszahlen weiter gesteigert. Dennoch ließ sich ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen nicht verhindern. Hierbei gilt es zudem die erheblichen regionalen Differenzen zu berücksichtigen, die von Vollbeschäftigung in Slowenien bis zu 30% Arbeitslosen in Kosovo reichen. Bedrohlicher noch als die absolute Zunahme der Arbeitslosenzahlen ist dabei der Strukturwandel innerhalb der Beschäftigungssuchenden zu werten, der sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren vollzogen hat. Drei Viertel der Arbeitslosen sind heute keine 30 Jahre alt, immer häufiger handelt es sich dabei um qualifizierte Kräfte, die erst am Anfang ihres Berufslebens stehen²⁰⁾.

Die soziale Aufstiegsmobilität, die für das Jugoslawien der sechziger Jahre kennzeichnend war, ist damit offenkundig an ihre Grenzen gestoßen. Wie schwer dieses Problem zu bewältigen sein wird, geht allein aus der Tatsache hervor, daß die für 1985 angestrebte Steigerung der Beschäftigtenzahlen um 2,5% lediglich die nachrückende Generation und die Quote der aus der Landwirtschaft Drängenden absorbieren würde; zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kann auch sie nicht beitragen. Eine im „Langfristigen Stabilitätsprogramm“ bis zum Jahre 2000 angestrebte Reduzierung der Arbeitslosigkeit „bis nahe an die Vollbeschäftigung“ wird daher wohl nur schwer zu erreichen sein. Realistischer dürfte in diesem Zusammenhang die Prognose des Belgrader „Ökonomischen Instituts“ sein, die auch für das 21. Jahrhundert noch von einem unbewältigten Beschäftigungsproblem ausgeht²¹⁾.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verschlechternden sozialen Lage der Beschäftigten sind vor allem Streiks als Ausdruck einer

Verschärfung des sozialen Klimas und als Vorbote politischen Protestes gewertet worden. Eine Analyse der insgesamt eher dürftigen Angaben über Streiks rät hier aber zur Vorsicht. So hatte es zu Beginn der Krise 1981 mit 174 Streiks laut Belgrader NIN die seit fünf Jahren niedrigste Zahl an Ausständen gegeben. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1983 war mit 172 Streiks zweifelsohne eine bedeutsame Steigerung zu verzeichnen, doch erhöhte sich deren Zahl 1984 im gleichen Zeitraum mit 176 nicht mehr nachhaltig²²⁾. Hinsichtlich der Merkmale der Ausstände läßt sich zudem eine signifikante Radikalisierung, etwa verglichen mit den Streiks der sechziger Jahre, bislang nicht feststellen. Wie seit eh und je blieb die Zahl der Teilnehmer gering und beschränkte sich auf die unmittelbar von Mißständen betroffenen Betriebe bzw. Betriebsteile. In Kroatien etwa nahmen in den ersten zwei Monaten des Jahres 1984 an 20 Streiks durchschnittlich nur 50 Arbeiter teil²³⁾. Auch die Dauer der Streiks bewegte sich in dem seit den sechziger Jahren bekannten Rahmen. In aller Regel handelt es sich um Arbeitsniederlegungen, die innerhalb eines Arbeitstages beigelegt werden²⁴⁾.

Die Ursachen der Streiks freilich spiegeln die Auswirkungen der Krise deutlich wider: verzögerte Lohnzahlungen oder Einschränkungen des Einkommens infolge betrieblicher Liquiditätsprobleme, häufig aber auch eine verfehlte Informationspolitik gegenüber den Beschäftigten sind die häufigsten Anlässe für die Einstellung der Arbeit. Gemessen an den gravierenden sozialen Folgen der Krise scheint aber eher das immer noch relativ geringe Maß an Streiks erklärungsbedürftig zu sein, als daß man bereits von einer radikaler werdenden Protestbewegung unter den Arbeitern sprechen könnte. Selbst der Vorsitzende des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes, Dušan Bogdanov, zeigte sich beinahe verwundert darüber, wie wenig gestreikt würde. Daß dies keinen Wechsel auf die Zukunft darstellt, ist aber auch Partei, Regierung und Gewerkschaften klar. Das Vorstandsmitglied des kroatischen Gewerkschaftsverbandes Ivan Bildandžija mochte denn auch bei anhaltender Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit sozialen Unfriedens nicht mehr ausschließen²⁵⁾.

²⁰⁾ Hatten Nicht-Qualifizierte 1969 noch 73% der Arbeitslosen ausgemacht, so waren es 1984 nur noch 47%; vgl. NIN, Nr. 1777, vom 20. Januar 1985, S. 20.

²¹⁾ Vgl. Stabilitätsprogramm (Anm. 6), Bd. III, S. 127f.; NIN, Nr. 1748, vom 1. Juli 1984, S. 20f.

²²⁾ Angaben für 1981: NIN, Nr. 1705, vom 4. September 1983, S. 19f.; für 1983: J. Reuter (Anm. 3), S. 116; für 1984: NIN, Nr. 1772, v. 16. 12. 1984.

²³⁾ Komunist, Nr. 1428, vom 10. August 1984, S. 8.

²⁴⁾ Beispiele für längere Streiks siehe: Politika vom 22. August 1984, S. 6, und 10. September 1984, S. 6.

²⁵⁾ NIN, Nr. 1756, vom 26. August 1984, S. 8, und Danas, Nr. 167, vom 30. April 1984, S. 13.

III. Die Krise des politischen Systems

Die Krisenerscheinungen beschränken sich nicht auf den wirtschaftlichen und sozialen Sektor allein. Auch in Jugoslawien wird mittlerweile nicht mehr bestritten, daß auch das politische System eine ganze Reihe von korrekturbedürftigen Fehlentwicklungen aufweist, die zum Teil für die wirtschaftlichen Schwächen mitverantwortlich sind. Ähnlich wie bei der wirtschaftlichen Entwicklung verweisen auch die Schwachstellen im Selbstverwaltungssystem dabei letztlich auf die frühen siebziger Jahre, also auf die Spät-Phase der Ära Tito. Um die unmittelbaren Entscheidungskompetenzen der Arbeiter zu stärken, hatte man damals damit begonnen, die Betriebe in überschaubare, autonome betriebliche Teileinheiten, sogenannte „Grundorganisationen der vereinigten Arbeit“ (GOVA), aufzugliedern. Das Gesamtunternehmen wurde demgegenüber auf einen mehr oder weniger lockeren Verbund selbständiger Grundorganisationen reduziert. Im bis dahin nur wenig in das Selbstverwaltungssystem einbezogenen „öffentlichen Dienst“ wurden die sogenannten Selbstverwaltungsinteressengemeinschaften ausgebaut, in denen die im Dienstleistungssektor Beschäftigten und die diese Dienstleistungen nutzenden Bürger Finanzierung und Leistungsangebot selbständig und ohne staatliche Intervention regeln sollten.

Die beabsichtigten demokratisierenden Effekte dieser Reformen blieben allerdings weitgehend aus. Während die Einführung der GOVA den *faktischen* Einfluß der Arbeiter und des Arbeiterrates auf die betrieblichen Entscheidungen nicht grundlegend gefördert hat²⁶⁾, verleitete die extreme Dezentralisierung der Unternehmensstruktur zu einer Aufsplitterung der betrieblichen Entscheidungsfindung, die sich auf deren Effizienz ausgesprochen negativ auswirkte. Jede „Grundorganisation“, so die Erfahrung, neigt dazu, sich gegenüber anderen abzuschotten, produziert eine Vielzahl an Funktionären und Verwaltungsapparaten und ist in der notwendigen Abstimmung mit anderen „Grundorganisationen“ auf langwierige Koordinationsprozesse angewiesen. Auch mit dem Ausbau der „Selbstverwaltungsinteressengemeinschaften“ hat man hinsichtlich einer größeren Mitwirkung der Betroffenen nur wenig gewonnen,

dafür aber eine Vielzahl an effektivitätshemmenden Entwicklungen eingetauscht. Interessengemeinschaften wurden in einem Ausmaß gegründet, das häufig rationeller Ressourcenverwendung widersprach. Beide Reformen, die GOVA und die Interessengemeinschaften, mochten zwar vom Standpunkt des Selbstverwaltungsgedankens aus bestechend erscheinen, waren jedoch in der Praxis nur um den Preis erheblicher Effizienzverluste am Leben zu erhalten.

Als unliebsame Folge der Reformen der siebziger Jahre erwies sich zudem immer deutlicher, was gegenwärtig in Jugoslawien unter dem Schlagwort des „übertriebenen Normativismus“ kritisiert wird. In der Tat verlangt die Koordinierung der einzelnen dezentralen Selbstverwaltungseinheiten mittels sogenannter Selbstverwaltungsabkommen eine Fülle an gesetzlichen Vorschriften und formalen Prozeduren, für die, wie der Belgrader Politologe Radivoje Marinković kritisierte, „mehr Zeit und Energie aufgewendet werden muß als auf die wirklichen Probleme“²⁷⁾. Hinzu kommt, daß viele dieser mühsam geschlossenen Abkommen zwischen Selbstverwaltungseinheiten in der Praxis nur ungenügend eingehalten werden, strittige Fragen ausklammern oder auf weitere zeitintensive Koordinierungsverhandlungen vertragen.

Seine wohl problematischsten Auswirkungen hat das Prinzip einer auf Konsensbildung von autonomen Teileinheiten beruhenden Entscheidungsbildung dort gezeigt, wo es zugleich am sensibelsten ist — auf der föderativen Ebene. Die 1971 als Stabilisierungsbeitrag für die Zeit nach Tito eingeleitete radikale Föderalisierung hat, so unverzichtbar sie im Prinzip für den Vielvölkerstaat auch ist, in der Praxis letztlich in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv gewirkt. Der Grundsatz der Absprachen und des Konsenses zwischen den Republiken und Provinzen bei allen wichtigen bundespolitischen Entscheidungen hat eine Eigendynamik entwickelt, die eine einheitliche und zügige Bundespolitik vielfach behindert, ja in einigen Fällen sogar verhindert hat. Wichtige Beschlüsse wie beispielsweise im Falle der Devisenverteilung wurden aufgrund von Abstimmungsproblemen zwischen Bund, Republiken und Provinzen gar nicht oder zu spät verabschiedet, andere kamen nur als vor-

²⁶⁾ Vgl. z. B. die Ergebnisse einer Analyse der serbischen Gewerkschaften in: NIN, Nr. 1772, vom 16. Dezember 1984, S. 20f.

²⁷⁾ Problemi ostvarivanja i razvoja političkog sistema samoupravljanja, Ljubljana 1983, S. 67.

läufige Verordnungen zustande oder waren das Ergebnis von mühsam errungenen, in der Sache wenig nützlichen Kompromissen²⁸⁾. In diesem Zusammenhang betonte der serbische Politiker Dragoslav Marković auf der 14. ZK-Sitzung im Oktober 1984, daß die Pflicht zum Konsens aller Gliedstaaten von einem guten Prinzip für bestimmte Fragen zum Entscheidungsprinzip für beinahe alle Fragen und jedes Gremium überdehnt worden sei²⁹⁾.

Möglichkeiten zur Blockade bundespolitischer Entscheidungen ergeben sich den Republiken und Provinzen dabei nicht nur über den als föderatives Vertretungsorgan fungierenden „Rat der Republiken und Provinzen“ des Bundesparlaments. Der ebenfalls nach Republikproporz gebildete „Bundesrat“ dupliziert diesen Einfluß der Gliedstaaten noch, denn auch die Abgeordneten dieser zweiten Kammer des Bundesparlaments tendieren ebenso wie die Abgeordneten des Republiken-Rates dazu, sich in erster Linie als Repräsentanten „ihrer“ Republik bzw. Provinz zu verstehen. Gegen diese Einflußmöglichkeiten der Republiken und Provinzen auf die Bundespolitik haben sich weder das ebenfalls paritätisch besetzte kollektive Staatspräsidium mit seinem jährlich wechselnden Vorsitzenden noch die Bundesregierung als richtungsweisendes und zugleich integrierendes Organ behaupten können³⁰⁾.

Die Gefahr der Handlungsunfähigkeit als Folge der Verselbständigung der Republiken und Provinzen zeigte sich aber nicht nur auf der staatlichen Ebene, auch für die Partei ist eine ähnliche Entwicklung unübersehbar. So wurde insbesondere der von Tito zu Beginn der siebziger Jahre durch rigide „Säuberungen“ vor allem in Kroatien und Serbien erneuerte Imperativ des Demokratischen Zentralismus seit dem Tode des charismatischen Parteiführers zunehmend durch zentrifugale Tendenzen neutralisiert. Nirgends zeigte sich dies in den vergangenen Jahren deutlicher als bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Obwohl das 9. Plenum des Zentralkomitees im Sommer 1983 das „Langfristige Stabilitätsprogramm“ angenommen und alle Parteiorganisationen zur konsequenten Realisierung aufgerufen hatte, sind seither die Klagen über dessen schleppende Verwirklichung nicht

verstummt³¹⁾. „Einheitlich gefaßte Beschlüsse auf Landesebene“, so resümiert ein Bericht des Parteivorstandes vom Juni 1984 den gegenwärtigen Zustand der Partei, „werden nur halbherzig ausgeführt, und zumeist auch nur das, was einer bestimmten Region momentan gerade entspricht ...“³²⁾.

Ein zweiter Bereich, in dem divergierende Republik-Interessen gegenwärtig gemeinsame Beschlüsse der Partei erschweren, ist die Frage einer Reform des politischen Systems. Als strittig erwies sich dabei vor allem, wie weit eventuelle Änderungen am politischen System zu gehen hätten. Schon bald begann die Presse, die sogenannten „ustav-nobranitelj“ — die „Verfassungsverteidiger“ — jenen gegenüberzustellen, die auch zu Eingriffen in die institutionelle und verfassungsrechtliche Struktur des Systems bereit waren. Zum Vorreiter von Änderungen machte sich dabei insbesondere die serbische Parteiführung. Ihre Intentionen laufen vor allem auf vier Ziele hinaus:

1. Änderungen an der Unternehmensstruktur, mit denen die 1971 eingeleitete Atomisierung der Betriebe in mehrere GOVA wieder zugunsten größerer Kompetenzen der gesamtbetrieblichen Organe abgebaut werden soll.
2. Das auf Titos Initiative hin eingeführte einjährige Mandat für Spitzenpositionen soll durch eine längere, zwei- bis vierjährige Amtszeit ersetzt werden.
3. Das in der Föderation praktizierte Konsensprinzip soll auf wirkliche Schlüsselfragen beschränkt werden, um eine Blockade bundespolitischer Entscheidungen zu vermeiden³³⁾.
4. Für das meiste Aufsehen sorgten Überlegungen, die auf eine Stärkung der Kompetenzen der Republik Serbien gegenüber den beiden ihrem Territorium inkorporierten Provinzen Kosovo und Vojvodina hinausliefen, da diese sich in serbischen Augen zu weit von Serbien entfernt und praktisch zu eigenständigen Republiken entwickelt haben.

Angesichts des zuletzt genannten Vorschlags kann es nicht verwundern, daß Kritik an den serbischen Ideen vor allem aus den beiden genannten Provinzen kommt. Beide mochten den Vorwurf des „autonomaštvo“ — des übertriebenen Autonomiestrebens der Provin-

²⁸⁾ Vgl. die Beispiele in NIN, Nr. 1765, vom 28. Oktober 1984, S. 15.

²⁹⁾ Politika vom 18. Oktober 1984, S. 6.

³⁰⁾ Vgl. hierzu Ch. Höcker-Weyand, Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien — ein Bundesstaat ohne Zentralgewalt?, in: K.-D. Grothusen (Hrsg.), Jugoslawien: Integrationsprobleme in Geschichte und Gegenwart, Göttingen 1984, S. 307f.

³¹⁾ Vgl. mit weiteren Belegen W. Höpken, Party Monopoly and Political Change: The LCY since Tito's Death, in: P. Ramet (Ed.), Yugoslavia in the 80th, Boulder (Col.) 1985.

³²⁾ CK SKJ, Predsedništvo, Ostvarivanje vodeće uloge SKJ u društvu i jačanje idejnog i akcionog jedinstva, Belgrad 1984, S. V—VII.

³³⁾ Borba vom 26. November 1984, S. 3, und Politika vom 18. Oktober 1984, S. 6.

zen—, wie er in einer für jugoslawische Diskussionen typischen Wortschöpfung genannt worden ist, nicht gelten lassen und machten unmißverständlich klar, daß sie zu einer Beschneidung des Status quo zu Lasten der Provinzen nicht bereit seien³⁴). Zwar wurden die unterschiedlichen Auffassungen mittlerweile hinter verschwommenen gemeinsamen Beschlüssen verdeckt, in denen einerseits die Stellung der Provinzen bestätigt und andererseits aber mehr „Gemeinsamkeiten“ von Republik und Provinzen gefordert werden, die Differenzen sind damit freilich nur aufgeschoben, nicht aber aufgehoben³⁵).

Aber auch in anderen Republiken sind die serbischen Intentionen nur auf wenig Gegen-

liebe gestoßen. Zu sehr befürchtet man eine Renaissance des seit Mitte der sechziger Jahre mühsam abgebauten serbischen Vormachtsanspruchs. Vor allem slowenische Vertreter wandten sich gegen allzu weitgehende Reformabsichten. Der slowenische Parteifunktionär Andrej Marinc sprach sich sogar dafür aus, die Diskussionen über eine Reform des politischen Systems künftig nicht mehr öffentlich zu führen, da dies lediglich zu einer „politischen Krise“ führen könne³⁶). Aber auch in Kroatien zeigt man sich gegenüber allzu weitgehenden Vorschlägen überaus reserviert³⁷). Eine grundlegende Reform des politischen Systems, die über graduelle Modifikationen hinausgeht, dürfte somit gegenwärtig nicht konsensfähig sein.

IV. Unverändert aktuell: die nationale Frage

Auch der seit jeher virulenteste Krisenfaktor des jugoslawischen Staates, die nationale Frage, zeigte die ersten Jahre nach Tito neue Eruptionen. Am meisten gilt dies sicherlich für die mehrheitlich von Albanern bewohnte Provinz Kosovo. Ausgehend von Studentendemonstrationen, kam es hier im Frühjahr 1981 zu Unruhen, die nur durch den massiven Einsatz von Polizei und Militär zu befrieden waren³⁸). Die Provinz mußte zeitweilig unter Ausnahmezustand gestellt werden; von offizieller Seite wurden neun Tote gemeldet, andere Schätzungen liegen weit höher³⁹).

Die Unruhen vom Frühjahr 1981 waren das vorerst letzte Kettenglied in einer ganzen Reihe von Demonstrationen und Unruhen, die diese Region seit Kriegsende erfaßt haben. Will man deren tiefere Ursachen verstehen, gebietet es sich, einen Blick auf die sozialen und ökonomischen Probleme des „Armenhauses Jugoslawiens“ zu werfen.

Bis Mitte der sechziger Jahre war die Provinz Kosovo eine von Belgrad vernachlässigte Re-

gion; ihre albanische Bevölkerungsmehrheit lebte im Zustand mehr oder weniger offener politischer, kultureller und sozialer Diskriminierung⁴⁰). Erst nach dem nationalitätenpolitischen Kurswechsel im Gefolge des Ranković-Sturzes 1966 wurde eine Wende zum Besseren eingeleitet. Insbesondere die siebziger Jahre standen im Zeichen einer politischen Aufwertung der Provinz, der kulturellen und nationalen Entfaltung der albanischen Bevölkerung und einer wirtschaftlichen Förderung dieser so lange vergessenen Region. Schrittweise wurde die Stellung der Provinz Kosovo ausgebaut und ihre Kompetenzen denen der Republiken angenähert. Allerdings blieb ihr die den Republiken eigene Staatlichkeit und damit auch das Recht auf Sezession versagt. Die politische Führung der Provinz ging in die Hände einer albanischen Elite über, die unter der Führung des damaligen Parteichefs Mahmut Bakalli in den siebziger Jahren eine geschickte Politik der Maximierung der Autonomie Kosovos von Serbien und der Stärkung der Position der Provinz innerhalb der jugoslawischen Föderation betrieb, ohne dies jedoch mit der Forderung nach einem Republik-Status zu verbinden. Alle Organe wurden zunehmend entsprechend des Bevölkerungsanteils mit Albanern und Serben besetzt⁴¹).

Erhebliche Anstrengungen wurden zudem unternommen, um die Benachteiligung alba-

³⁴) Danas, Nr. 167, vom 30. April 1985, S. 20f., und NIN, Nr. 1792, vom 5. Mai 1985, S. 20f.

³⁵) Komunist, Nr. 1444, vom 30. November 1984, S. 2.

³⁶) Komunist, Nr. 1438, vom 19. Oktober 1984, S. 8.

³⁷) So der kroatische Parteichef Mika Špiljak in: Danas, Nr. 152, vom 15. Januar 1985, S. 21.

³⁸) Auf die Einzelheiten kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. u. a. J. Reuter, Die Albaner in Jugoslawien, München 1982.

³⁹) Borba vom 18./19. April 1981, S. 3. Stane Dolanc hatte wenige Tage vorher noch von 11 Toten gesprochen: Politika vom 7. April 1981, S. 7. Möglicherweise sind diese Angaben zu niedrig; Schätzungen, die von bis zu 1000 Toten sprechen, dürften allerdings wenig solide sein: E. Biberaj, The Conflict in Kosovo, in: Survey, 28 (1984) 3, S. 50.

⁴⁰) A. Hadri, Nacionalni i politički razvitak Albanaca u Jugoslaviji, in: Klasno i nacionalno, Zagreb 1970, Bd. 2, S. 550ff.

⁴¹) Nach Politika vom 7. Juli 1981, S. 7, bestanden selbst die Sicherheitskräfte 1981 zu 75% aus Albanern.

nischer Jugendlicher im Bildungsbereich abzubauen. Die Zahl der albanischen Mittelschüler wurde so im Laufe der siebziger Jahre ebenso der Bevölkerungsverteilung angenähert wie die Zahl der Studenten. Bei letzteren setzte gar eine unkontrollierte Explosion ein, die die neu gegründete Universität Priština innerhalb weniger Jahre zur relativ größten Universität des Landes werden ließ. Der forcierte Ausbau des Hochschulwesens im Kosovo hatte dabei eine doppelte Funktion: Zum einen sollte er das Problem der Jugendarbeitslosigkeit mildern helfen, zum zweiten diente er aber auch als ein von der politischen Führung der Region gepflegtes Status-Symbol wachsender nationaler albanischer Eigenständigkeit. Umgekehrt ließen freilich auch Funktionäre aus dem Bund keine Gelegenheit aus, den Bildungsboom im Kosovo als Beleg für eine großzügige Entwicklungshilfe ins Feld zu führen. Der hohe nationalitätspolitische Stellenwert des Universitätsausbaus wird nicht zuletzt aus dem Umstand erkennbar, daß der überwiegende Teil der Studenten in geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fächern, häufig in albanischer Geschichte oder Literatur, immatrikuliert war⁴²⁾.

Eine derartige einseitige fachliche Ausrichtung, die relativ geringe Mobilität albanischer Jugendlicher, häufig aber auch mangelhafte serbokroatische Sprachkenntnisse machten Absolventen der Universität Priština jedoch außerhalb des Kosovo kaum einsetzbar. Dabei zeigte sich die schwach entwickelte Wirtschaft der Provinz selbst nicht in der Lage, die stetig wachsende Zahl von Hochschulabsolventen aufzunehmen. Der Boom höherer Schulausbildung trug so zwar zum Abbau nationaler Diskriminierung bei, konnte jedoch für eine Vielzahl von Jugendlichen das Problem sozialer Perspektivlosigkeit nicht lösen. Schüler und Studenten wurden denn auch zum „Kerntrupp“ des Protestes des Jahres 1981.

Hinsichtlich der Beseitigung des im Kosovo besonders schweren Erbes des Analphabetismus konnten nur Teilerfolge erreicht werden. Zwar gelang es, die Zahl der Analphabeten erheblich zu reduzieren, so daß fehlende Lese- und Schreibfähigkeit heute vornehmlich ein Problem der älteren Generation darstellen, aber dessenungeachtet nimmt der Kosovo in dieser Beziehung nach wie vor nicht nur insgesamt, sondern auch unter den Ju-

gendlichen sowie den 20- bis 34jährigen den vordersten Rang unter den jugoslawischen Republiken und Provinzen ein.

Als weitgehend gescheitert müssen demgegenüber die Bemühungen um einen ökonomischen Anschluß Kosovos an den jugoslawischen Durchschnitt gewertet werden, denn trotz erheblicher Anstrengungen wuchs der Abstand zu den übrigen Regionen Jugoslawiens kontinuierlich. Hatte Kosovo noch zu Beginn der fünfziger Jahre gut 50% des jugoslawischen Gesellschaftsproduktes erreicht, so betrug der Anteil zu Beginn der achtziger Jahre lediglich ein Drittel⁴³⁾. Die Arbeitslosenquote stieg auf ca. 30% an. Auch nach jugoslawischen Schätzungen muß jedoch über die offiziell gemeldeten ca. 70 000 Beschäftigungssuchenden hinaus von bis zu 200 000 faktisch Arbeitslosen ausgegangen werden⁴⁴⁾. Fast die Hälfte der registrierten Arbeitsuchenden ist unter 25 Jahre alt, 73% unter 30 Jahre. Erschwerend kommt hinzu, daß entgegen allen Bemühungen die Beschäftigungsquote der Albaner unverändert unter ihrem Bevölkerungsanteil liegt, während Serben doppelt so häufig unter den Beschäftigten zu finden sind, wie ihr Anteil an der Bevölkerung ausmacht⁴⁵⁾.

Anders noch als in den sechziger Jahren wird man diese prekäre Situation Kosovos kaum mehr dem mangelnden Willen zur Unterstützung der Provinz zuschreiben dürfen, denn von den im Planjahrfünft 1981 bis 1985 vorgesehenen 1,83% des jugoslawischen Gesellschaftsproduktes zur Förderung der unterentwickelten Regionen entfielen 42,6% auf den Kosovo; 1961 bis 1965 hatte dieser Anteil noch bei nur 20,8% gelegen⁴⁶⁾. Daß derartige Hilfsmaßnahmen aber dennoch nicht zum gewünschten Erfolg führten und der Provinz keine soziale und ökonomische Entwicklung ermöglichten, die nationale Eruptionen verhindern helfen konnte, liegt ebenso an subjektiven politischen Fehlern wie an kurz- oder mittelfristig kaum zu behebenden Strukturproblemen der Provinz. Zum einen erwies sich deren Investitionsquote, die stets unter dem jugoslawischen Durchschnitt lag, als zu niedrig, um das ambitionierte Ziel des „Einholens“ der anderen Regionen zu erreichen. Zum zweiten wurden die aufgewendeten Investitionen zum überwiegenden Teil in kapitalintensive Basisindustrien gesteckt. Damit nutzte man zwar die reichen natürlichen Re-

⁴³⁾ Vgl. Stabilitätsprogramm (Anm. 6), Bd. III, S. 185.

⁴⁴⁾ NIN, Nr. 1589, vom 14. Juni 1981, S. 20.

⁴⁵⁾ NIN, Nr. 1597, vom 9. August 1981, S. 2.

⁴⁶⁾ Službeni List SFRJ, Nr. 74, vom 31. Dezember 1980, Art. 1; 14. sednica SK, Srbije, S. 14f.

⁴²⁾ 14. sednica CK SK Srbije, Uzroci i posledice kontrarevolucionarne akcije na Kosovu, Belgrad 1981, S. 19.

serven der Provinz, erzielte aber nur relativ geringe beschäftigungspolitische Effekte⁴⁷⁾. Die verarbeitende Industrie und vor allem die Landwirtschaft wurden hingegen vernachlässigt. Als dritter, die Effizienz der aufgewendeten Förderungsmittel einschränkender Faktor ist die Bevölkerungsentwicklung der Provinz zu nennen. Kosovo hat die höchste Geburtenrate Jugoslawiens und eine der höchsten Europas. Allein zwischen 1971 und 1981 vermehrte sich die Bevölkerung um ein Drittel. Langfristige demographische Prognosen sagen bis zur Jahrtausendwende eine Zunahme um eine weitere Million voraus, so daß mit ca. 2,5 Millionen Einwohnern die Provinz dann über mehr Einwohner verfügen wird als die Republiken Montenegro, Slowenien, Mazedonien und die Provinz Vojvodina⁴⁸⁾. Das in allen nationalen Auseinandersetzungen zu vernehmende Argument der Bevölkerungsstärke für die Umwandlung der Provinz in eine eigene Republik dürfte damit immer stärkeres Gewicht erhalten.

Berücksichtigt man, daß infolge der Wirtschaftskrise die Möglichkeiten der Entwicklungsförderung ohnehin zunehmend begrenzt sind, dann dürfte eine spürbare Verbesserung der Lage im Kosovo mittelfristig kaum zu erreichen sein. Die Verluste der Unternehmen im Kosovo haben denn auch in den achtziger Jahren Rekordhöhen erreicht, die Produktivität liegt noch weit unter dem ohnehin niedrigen jugoslawischen Durchschnitt, die erhofften Wachstumsraten konnten ebenfalls nicht erreicht werden. Somit bleibt das soziale und ökonomische Potential für nationale Konflikte unverändert erhalten, wobei das häufig verwendete Argument, den Albanern im Kosovo gehe es letztlich trotz der Rückständigkeit der Region um vieles besser als den Landsleuten in Albanien, auch wenn diese Feststellung unverändert richtig bleibt, zunehmend an Überzeugungskraft verlieren dürfte.

Die ausschließliche Interpretation der Unruhen des Jahres 1981 als „direct result of the past injustices perpetuated against ethnic Albanians in Yugoslavia, their political and economic exploitation, cultural oppression and discrimination and the increasing inequalities of economic development between Albanian inhabited territories and the rest of the country“⁴⁹⁾ greift indes trotz der unzwei-

felhaft nach wie vor bestehenden Benachteiligungen von Albanern in der jugoslawischen Gesellschaft zu kurz, denn die vorwiegend jugendliche Trägerschicht der jüngsten Unruhen war zum überwiegenden Teil eben nicht mehr in der Ära der Unterdrückung zur Zeit Ranković's politisch sozialisiert worden, sondern in einer Phase nationaler Identitätsentfaltung in den siebziger Jahren. Die Unruhen von 1981 waren insofern weniger der verzweifelte Aufstand gegen fortgesetzte Unterdrückung als eine „revolution of rising expectations“, entstanden aus dem Widerspruch zwischen den beanspruchten und den tatsächlich erreichten Lebensumständen.

Die Partei bemühte sich freilich nicht lange um komplizierte Motivsuche. Sie antwortete mit dem undifferenzierten Vorwurf der „Konterrevolution“ und beschränkte sich auf eine vorwiegend repressive Beilegung der Krise. Die im Zentrum der Forderungen der Demonstranten stehende Parole nach Umwandlung der Provinz Kosovo in eine eigenständige Republik wurde ähnlich wie schon 1968 kategorisch abgelehnt, da man in ihr nichts anderes als den ersten Schritt zur Sezession Kosovos von Jugoslawien und zum Anschluß an Albanien sehen mochte⁵⁰⁾. Im Unterschied zu den Demonstrationen von 1968 war man diesmal allerdings nicht bereit, den Forderungen der Demonstranten durch Konzessionen entgegenzukommen. Statt dessen griff man im wesentlichen auf drei Formen der „Krisenlösung“ zurück:

1. auf eine rigorose strafrechtliche Verfolgung,
2. auf die als „Differenzierung“ bezeichnete Ausschaltung aller im Verdacht der Unterstützung, Duldung oder mangelnden Gegnerschaft gegenüber nationalistischen Tendenzen stehenden Personen aus Partei und öffentlichen Ämtern sowie
3. auf Versuche von serbischer Seite, die Einflußmöglichkeiten der Republik Serbien auf die Provinz Kosovo zu verstärken.

Die strafrechtliche Verfolgung hat bislang zur Verurteilung von 585 Personen geführt, von denen allein 28,5% zu Strafen von mehr als fünf Jahren verurteilt wurden⁵¹⁾. Auch die „Differenzierung“ ist noch nicht abgeschlossen. Hatte man anfangs noch den Eindruck zu erwecken versucht, als handele es sich bei den Demonstranten um eine kleine gesteuerte Minderheit, so mußte man schon bald zugeben, daß „der Feind“ tief in die Reihen der

⁴⁷⁾ Vgl. J. Reuter, Politik und Wirtschaft im Kosovo, in: Südosteuropa, 34 (1985), S. 19.

⁴⁸⁾ M. Mladenović, Neka iskustva dosadašnje politike brzeg razvoja privredno nedovoljno razvijenih Republika i Pokrajine Kosovo, in: Gledišta, 20 (1979) 11—12, S. 15.

⁴⁹⁾ E. Biberaj, The Conflict in Kosovo, S. 39f.

⁵⁰⁾ Vgl. R. Ratković in Borba vom 14. Juni 1981.

⁵¹⁾ NIN, Nr. 1755, vom 19. August 1984, S. 11f.

Partei eingedrungen war⁵²). So blieb es denn auch nicht bei der Absetzung des damaligen Parteichefs Bakalli und anderer Spitzenfunktionäre. Bereits in den ersten acht Monaten nach den Unruhen wurden über 1 000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen oder aus den Mitgliedslisten gestrichen⁵³). Ähnliche „Differenzierungen“ gab es auch in Betrieben und staatlichen Organen. Allein an der Universität Priština, der „Festung des Nationalismus“ (so die Belgrader „Politika“), wurden 365 der insgesamt 3 500 Parteimitglieder wegen „Passivität“ und 19 wegen Teilnahme an Demonstrationen ausgeschlossen⁵⁴). Mittlerweile regt sich freilich selbst unter den des Nationalismus unverdächtigen albanischen Funktionären Widerstand, dem vor allem von serbischer Seite ausgehenden Druck zu noch „konsequenterer Differenzierung“ weiter nachzugeben.

Bereits unmittelbar nach den Unruhen hatte die serbische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie die Krise zum Anlaß nehmen wollte, um Kompetenzen der Republik gegenüber den Provinzen wiederzuerlangen, die ihr im Zuge der Autonomisierung Kosovos in den siebziger Jahren verlorengegangen waren. So wurde beispielsweise darüber diskutiert, den Albanern das Recht zu entziehen, ihre mit der des Staates Albanien identische Nationalflagge öffentlich zu zeigen⁵⁵). Derartige Überlegungen zeugen freilich nicht nur von mangelnder Sensibilität gegenüber dem Nationalbewußtsein der Albaner, sondern machen auch deutlich, wie politisch hilflos die serbische Führung letztlich dem Problem der Beilegung der Krise gegenübersteht.

Von größerer Tragweite sind allerdings die bereits erwähnten Versuche Serbiens, den Autonomiestatus der beiden Provinzen Kosovo und Vojvodina zu beschneiden. Der erhebliche Widerstand gegen diese Intentionen, nicht nur in der Vojvodina, sondern insbesondere auch im Kosovo, zeigt, daß selbst jene albanischen Funktionäre, die sich tatkräftig an der Niederschlagung der Unruhe und an der „Differenzierung“ beteiligten und nun den schwierigen Prozeß der „Normalisierung“ zu tragen haben, nicht bereit sind, sich zum Werkzeug serbischer Politik machen zu lassen und eine substantielle Verschlechterung

der Stellung der Provinzen hinzunehmen⁵⁶).

Die ergriffenen Maßnahmen, von der strafrechtlichen Verfolgung bis hin zu den Versuchen, die Rechte der Provinzen zu beschränken, haben verständlicherweise nicht dazu beitragen können, das nationalitätenpolitische Klima im Kosovo zu verbessern. Offene Ausbrüche der Unzufriedenheit sind zwar aufgrund der sicherheitspolitischen Kontrolle der Region seltener geworden, die Aktivität „nationalistischer“ und irredentistischer Gruppen aber ist bis heute nicht verschwunden. Noch folgenreicher sind jedoch die Auswirkungen auf das Zusammenleben der albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit, die sich in einer zunehmenden Distanz im täglichen Umgang und in latenter Feindseligkeit äußern⁵⁷). Deutlicher Ausdruck der gestörten zwischennationalen Beziehungen ist die zunehmende Abwanderung von Serben aus dem Kosovo. Ihre Zahl (ähnliches gilt für die kleine Zahl der Montenegriner) hat sich absolut von 1971 (228 264) auf 1981 (209 792) um 8 % verringert. Allein seit den Unruhen sollen über 20 000 Serben die Region verlassen haben.

Der Tatbestand der Abwanderung ist somit kaum zu bestreiten, doch sind die Motive umstritten, die viele Serben zum Verlassen ihrer Heimatprovinz bewegen. Presse und Partei in Serbien haben die Migration bislang ausschließlich auf psychischen und physischen Druck albanischer Nationalisten zurückgeführt, der das Leben für die Serben in der Provinz unerträglich mache⁵⁸). Albanische Funktionäre hingegen haben verständlicherweise davor gewarnt, jeden Fall von Abwanderung als Ergebnis nationalistischer Aktivitäten hinzustellen, da es letztlich vor allem die schwierige ökonomische Situation der Provinz sei, die viele Serben zum Aufbruch veranlasse⁵⁹). In der Tat sind pull- und push-Faktoren der Abwanderung wohl kaum sauber zu trennen. Daß aber auch direkte Pressionen gegen serbische Familien — Beleidigungen, Übergriffe auf Haus, Hof oder gar Personen, Schändung serbischer Gräber — eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben, scheint festzustehen⁶⁰).

Angesichts der immer ungünstiger verlaufenden ökonomischen Entwicklung der Provinz

⁵²) Politička platforma za akciju SKJ u razvoju socijalističkog samoupravljanja, bratstva i jedinstva i zajedništva na Kosovu, Belgrad 1981, S. 10ff.

⁵³) Komunist, Nr. 1288, vom 20. November 1981, S. 10.

⁵⁴) NIN, Nr. 1601, vom 6. September 1981, S. 9.

⁵⁵) NIN, Nr. 1762, vom 7. Oktober 1984, S. 19ff.

⁵⁶) Vgl. das Interview mit Asem Vllasi, in: Danas, Nr. 152, vom 15. Januar 1985, S. 13.

⁵⁷) Beispiele in NIN, Nr. 1712, vom 23. Oktober 1983, S. 8—10.

⁵⁸) NIN, Nr. 1658, vom 10. Oktober 1982, S. 16f.

⁵⁹) Zuletzt in diesem Sinne in: NIN, Nr. 1800, vom 30. Juni 1985, S. 9f.

⁶⁰) Politika vom 12. September 1984, S. 7.

und der sich nicht zum Besseren neigenden nationalen Beziehungen dürfte jeder Versuch, das serbische Element im Kosovo zu stabilisieren, wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die von den Demonstranten aufgestellte Forderung nach einem „ethnisch reinen Kosovo“ wird damit mittelfristig zwangsläufig Wirklichkeit werden.

Die Auseinandersetzungen im und um Kosovo haben die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, daß auch andere nationalitätenpolitische Brennpunkte Jugoslawiens nach wie vor existent sind. Dies gilt zum einen für die „klassische“ nationalitätenpolitische Konfliktzone Kroatien. Zwar sind seit der letzten Eruption in Gestalt der „kroatischen Krise“ 1971, die Tito zur Auswechslung der dortigen Führung veranlaßte, nur noch Einzelfälle „kroatischen Nationalismus“ zu verzeichnen gewesen. Gerade in jüngster Zeit aber hat die kroatische Parteiführung ihre Angriffe auf einen vermeindlich klerikal unterstützten Nationalismus verschärft. Anlaß hierfür boten vereinzelt Erscheinungen jugendlichen Nationalismus vor allem in Zagreb und einigen dalmatinischen Städten, die sich in der Verbreitung von Symbolen und in dem Absingen von Liedern äußerten, die als nationalistisch gelten⁶¹⁾.

In der Republik Bosnien-Herzegowina sind als nationalistisch eingestufte Erscheinungen bisweilen aus der in jüngster Zeit zu beobachtenden „Renaissance“ des Islam erwachsen. So trat beispielsweise eine Gruppe „Junger Muslime“ mit der Forderung nach einer „Islamisierung“ Bosniens an die Öffentlichkeit, was dieser nicht nur den Vorwurf des Nationalismus

und religiösen „Fundamentalismus“ einbrachte, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zog⁶²⁾.

Im Unterschied zu den Ereignissen im Kosovo handelt es sich jedoch bei keiner der zuletzt genannten Erscheinungen um wirkliche Massenbewegungen. Gleichwohl deuten auch sie an, daß in Zeiten einer sozialen und ökonomischen Krise die offiziellen politischen Werte an Attraktivität verlieren und nationale Bindungen offenkundig immer noch Fluchtpunkte darstellen. So ergab eine Umfrage in Split, daß nationalistische Syndrome unter Jugendlichen im Vergleich mit den späten sechziger Jahren deutlich zugenommen haben⁶³⁾. Hingegen fällt es der Partei immer schwerer, unter den Jugendlichen weiteren Anhang zu gewinnen. Während Jugendliche in den siebziger Jahren noch drei Viertel der Neu-Mitglieder stellten, hat sich der Zustrom dieser Gruppe in die Partei seit etwa 1982 deutlich abgeschwächt⁶⁴⁾. Die integrativen Intentionen der jugoslawischen Nationalitätenpolitik, die sich durch einen weit gefaßten Föderalismus um eine Neutralisierung des bestehenden Konfliktpotentials bemüht hat, haben sich somit gegen die Vitalität nationalistischer Bindungen bislang noch nicht durchsetzen können. Von einem Scheitern der jugoslawischen Nationalitätenpolitik zu sprechen, wäre aber dennoch verfehlt. Vielmehr zeigt sich, daß die Sprengkraft der nationalen Frage auch von rational begründeten staatsrechtlichen Konzeptionen nicht zu neutralisieren ist, wenn die sozialen und ökonomischen Ursachen von Nationalismus nicht gleichzeitig beseitigt werden können.

V. Außenpolitik im Zeichen der Kontinuität

Der wohl einzige nach dem Tode Titos von krisenhaften Erschütterungen freigebliebene Teilbereich jugoslawischer Politik ist der außenpolitische. Ungemindert blieben die Optionen des Landes für eine uneingeschränkt blockfreie Politik gewahrt und nichts deutet gegenwärtig auf eine Änderung dieses Umstands hin. Allerdings hat die Außenpolitik seit dem Verlust der internationalen Renommier-Figur Tito insgesamt deutlich an Gewicht verloren.

Innerhalb der blockfreien Bewegung war es noch Tito selbst gewesen, der auf der 6. Konferenz von Havanna 1979 den kubanischen Versuch einer Instrumentalisierung der

Blockfreien zugunsten des sozialistischen Lagers verhindert hatte. Gegen die kubanische These vom sozialistischen Lager als dem „natürlichen Verbündeten“ der Blockfreien hatte er auf den „originären Prinzipien“ der Blockfreiheit, d. h. ihrer prinzipiellen Unabhängigkeit von beiden Blöcken, beharrt⁶⁵⁾. Die 1979 mit einem zwar einstimmig angenommenen, im Inhalt aber eher unverbindlichen Schlußkommuniqué überdeckten Meinungsverschiedenheiten blieben aber auch nach Havanna und über den Tod Titos hinaus erhal-

⁶²⁾ NIN, Nr. 1706, vom 11. September 1983, S. 12—15.

⁶³⁾ Danas, Nr. 153, vom 22. Januar 1985, S. 20.

⁶⁴⁾ Danas, Nr. 152, vom 15. Januar 1985, S. 8; Komunist, Nr. 1424, vom 13. Juli 1984, S. 19, und Borba vom 16. Dezember 1984, S. 3.

⁶⁵⁾ Vgl. J. Tito, Poruke 79, Belgrad 1980, S. 46f.

⁶¹⁾ Beispiele in: Danas, Nr. 153, vom 22. Januar 1985, S. 19f., und NIN, Nr. 1778, vom 17. Januar 1985, S. 38f.

ten. Die sowjetische Invasion in Afghanistan überbrückte die prinzipiellen Auffassungsunterschiede zwar noch einmal und veranlaßte die Blockfreien immerhin, einstimmig den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan zu fordern. Dies hat freilich den Eindruck wachsender interner Konflikte und sinkenden weltpolitischen Gewichts der Blockfreien nur zeitweilig mildern können. Daß von Jugoslawien als einem der Gründungsstaaten in naher Zukunft entscheidende Impulse für eine nachhaltige Aktivierung der Bewegung der Blockfreien ausgehen könnten, ist gerade nach dem Ableben Titos allerdings kaum zu erwarten. Blockfreiheit symbolisiert somit für Jugoslawien gegenwärtig eine grundsätzliche außenpolitische Abgrenzungsdoktrin nach West und Ost, der es aber international an Einheitlichkeit und Durchschlagskraft mangelt.

Außenpolitische Grundsatzpositionen blieben auch gegenüber der Sowjetunion gewahrt⁶⁶⁾. Die 1955 in der „Belgrader Erklärung“ zwischen Tito und Chruschtschow festgeschriebene Position Jugoslawiens als unabhängiges sozialistisches Land wurde auch von Titos Nachfolgern als unverzichtbare Basis der bilateralen Beziehungen ohne Abstriche gewahrt. Ebensovienig wie Meinungsverschiedenheiten hat das Beharren auf seiner unabhängigen Position in internationalen Fragen Jugoslawien von der Aufrechterhaltung normaler bilateralen Beziehungen abgehalten. Auch die unterschiedliche Bewertung der Afghanistan- oder der Kambodscha-Frage haben weder die Sowjetunion noch Jugoslawien dazu veranlaßt, die beiderseitigen Beziehungen ernsthaft zu belasten.

Schon gar nicht hinderten bestehende Differenzen die beiden Länder an einer Intensivierung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Jugoslawien hatte aufgrund seiner Exportschwäche auf dem konvertiblen Sektor im Laufe der siebziger Jahre seine Wirtschaftsbeziehungen mit dem RGW kontinuierlich ausgeweitet⁶⁷⁾.

Zu Beginn der achtziger Jahre erreichten die Exporte in den RGW-Raum beinahe 50% des gesamten jugoslawischen Export-Volumens, was nicht zuletzt auf die Verteuerung der be-

zogenen Energieträger, die Jugoslawien im Clearing-Verfahren mit dem RGW durch verstärkte Lieferungen ausgleichen mußte, zurückzuführen ist. Erst in den beiden vergangenen Jahren hat Jugoslawien seine Orientierung auf den RGW-Markt abgeschwächt.

Die Importe aus der Sowjetunion als dem Haupthandelspartner innerhalb des RGW bestehen zum überwiegenden Teil aus Energieträgern, während sich die jugoslawischen Exporte vornehmlich aus Maschinen, Textilien und Bekleidungswaren zusammensetzen. Der von Irena Reuter-Hendrichs für die siebziger Jahre festgestellte Tatbestand, daß die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR den außenpolitischen Spielraum Jugoslawiens zu keiner Zeit sichtbar beeinträchtigt haben, kann auch für die noch intensivere Kooperation der beginnenden achtziger Jahre gelten. Die Haltung Jugoslawiens zur Afghanistan-Frage zeigt, daß enge außenwirtschaftliche Verflechtungen mit der UdSSR Jugoslawien nicht zum Abrücken von außenpolitischen Prinzipien veranlaßt haben.

Auch die Haltung zu den Ereignissen in Polen läßt eine Rücksichtnahme auf die UdSSR nicht zwingend erkennen. Zwar zeigten sich regierungsoffizielle Stellungnahmen im Unterschied zur jugoslawischen Presse, die die Bestrebungen der polnischen Arbeiter mit mehr oder weniger offener Sympathie verfolgten⁶⁸⁾, in der Bewertung der innerpolnischen Ereignisse zurückhaltender. Dies freilich dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß Solidarność oder die katholische Kirche in Polen längst über das hinausgegangen waren, was auch für den BdKJ ideologisch akzeptabel ist. Vor allem nach der Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981 wurde jedoch nachdrücklich vor jeder Einmischung von außen gewarnt⁶⁹⁾.

Sieht man einmal von den albanisch-jugoslawischen Beziehungen ab, so verlief auch die jugoslawische Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten seit Titos Tod in den gewohnten Bahnen. Mit Italien, Österreich und Ungarn gab es keine Probleme nennenswerter Art, die traditionell guten Beziehungen zu Rumänien wurden durch wechselseitige Routinebesuche weiter gepflegt. Auch die Beziehungen zu Griechenland haben sich intensiviert. Die Hoffnung, bestehende Differenzen wegen Mazedonien, die sich aus Reiseerschwernissen für in griechisch-Mazedonien geborene, aber in Jugoslawien lebende Mazedonen er-

⁶⁶⁾ Zum folgenden vgl. O. N. Haberl, Jugoslawien und die UdSSR seit Tito, Manuskript, Essen 1985, erscheint in: P. Ramet (Ed.) (Anm. 31).

⁶⁷⁾ Vgl. I. Reuter-Hendrichs, Jugoslawien und der RGW, in: K.-D. Grothusen/W. Höpken/O. N. Haberl (Hrsg.), Jugoslawien am Ende der Ära Tito, Bd. 1, München 1983, S. 123 ff., und J. Reuter, Jugoslawiens Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, in: R. Schönfeld (Hrsg.), Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der 80er Jahre, München 1982, S. 233 ff.

⁶⁸⁾ W. Erps, Jugoslawien: „Nicht schlecht für den Sozialismus — im Gegenteil“, in: Osteuropa, 31 (1981) 2, S. 155 ff.

⁶⁹⁾ Komunist, Nr. 1293, vom 28. Dezember 1981, S. 17.

geben, nach dem Sieg Papandreuos beilegen zu können, haben sich freilich bislang noch nicht erfüllt.

In den stets unter latenter Spannung stehenden Beziehungen zu Bulgarien sind außergewöhnliche Tendenzwenden ebenfalls nicht zu vermeiden. Das zwischen beiden Ländern offene Problem der Existenz bzw. aus bulgarischer Sicht Nicht-Existenz einer mazedonischen Nation hat zwar keine direkten und nachhaltigen Störungen der bilateralen Kontakte bewirkt, war aber stets präsent. Geschichtswissenschaft und Publizistik sorgen in regelmäßigen Abständen dafür, daß dieses Thema in beiden Ländern nicht in Vergessenheit gerät⁷⁰). Auf politischer Bühne nutzte die jugoslawische Premierministerin Milka Planinc ihren Bulgarien-Besuch im Juli 1984 — dem ersten Besuch auf höchster Ebene seit 17 Jahren — dazu, dieses Thema mit unerwarteter Deutlichkeit anzusprechen, indem sie nicht nur die bulgarische Haltung zur mazedonischen Nation in Jugoslawien kritisierte, sondern sich auch zur Anwältin der von Bulgarien geleugneten mazedonischen Minderheit in Bulgarien machte⁷¹). Die jüngsten Versuche der „Bulgarisierung“ der türkischen Bevölkerung haben vor allem die Presse in Jugoslawien erneut dazu veranlaßt, die bulgarische Haltung, wonach es nur eine einzige „monolithische Nation“ in Bulgarien gebe, mit Blick auf die mazedonische Frage einer harschen Kritik zu unterziehen⁷²). Das offene Mazedonien-Problem hindert Jugoslawien aber nicht daran, auf unproblematischem Terrain, wie z. B. im Hinblick auf Bulgariens Bemühungen um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan, sich kooperativ zu zeigen. Mehr als ein von periodischen Nadelstichen begleitetes Nebeneinander beider Staaten wird ohnehin nicht zu erreichen sein, solange beide das Mazedonien-Thema mit der bisherigen Hartnäckigkeit handhaben.

Während die strittige Mazedonien-Frage eine Zusammenarbeit in unproblematischen Bereichen zwischen Bulgarien und Jugoslawien nicht verhindert hat, haben die Unruhen im Kosovo praktisch zum Einfrieren der jugoslawisch-albanischen Beziehungen geführt. Dabei war in den siebziger Jahren gerade in diese seit dem Kominform-Konflikt stets mehr schlechten als rechten Beziehungen Bewegung gekommen. Nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern 1968 waren insbeson-

dere die Kontakte zwischen den Albanern Kosovos und Albanien reger geworden. Professoren aus Tirana wurden sogar als Lehrkräfte an die Universität Priština verpflichtet. 1980 besuchte mit dem albanischen Außenhandelsminister Nedin Hoxha erstmals seit 30 Jahren ein albanisches Regierungsmitglied Jugoslawien. Bis auf ein reduziertes Maß an wirtschaftlichen Kontakten haben diese Beziehungen die Unruhen des Jahres 1981 aber nicht überdauert. Albanien hatte sich schon recht bald mit den Zielen der Demonstranten solidarisiert, erhob zwar keine offenen territorialen Ansprüche auf das Kosovo, beanspruchte aber unmißverständlich das jederzeitige Recht, für die Brüder und Schwestern jenseits der Grenze Partei zu ergreifen⁷³). Jugoslawien antwortete auf die albanischen Solidarisierungsbekundungen mit dem Vorwurf, Unruhen zu schüren und sich in innerjugoslawische Angelegenheiten einzumischen⁷⁴).

Die seither andauernde Kontroverse zwischen beiden Ländern hat mittlerweile das Niveau der „Kalte-Kriegs-Auseinandersetzungen“ der fünfziger Jahre erreicht. Auf den nach zeitweiliger Unterbrechung in den siebziger Jahren von albanischer Seite wieder aktualisierten Vorwurf des „Revisionsismus“ und der Unterdrückung der albanischen Brüder antwortet Belgrad mit nicht weniger penetranten Enthüllungen des stalinistischen Charakters des albanischen Systems. Wenngleich der Vorwurf des Stalinismus weder besonders schwer zu erbringen noch sehr originell ist, dürfte er dennoch auf die Albaner Kosovos wenig Eindruck machen.

Schon gar nicht wird mit derartigen Scheingefechten die Loyalität der Albaner gegenüber dem jugoslawischen Staat zu vertiefen sein, und auch der Wiederaufnahme der beiderseitigen Beziehungen, zu der sich beide verbal bekennen, sind sie gewiß nicht dienlich. Die wenigen Versuche, wieder zu einer intensiveren Zusammenarbeit zu gelangen, sind denn auch im Sande verlaufen, wie das fehlgeschlagene Bemühen um ein beiderseitiges Kulturabkommen im Herbst des vergangenen Jahres zeigte⁷⁵).

Zum innenpolitischen Krisenherd Kosovo gesellt sich also so das ungelöste Problem geregelter nachbarschaftlicher Beziehungen zu Albanien. Daß sich nach dem Tode Enver Hoxhas in absehbarer Zeit an diesem Umstand etwas ändern wird, ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

⁷⁰) Zur Kontroverse in der Geschichtswissenschaft vgl. St. Troebst, Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien, München 1983.

⁷¹) Politika vom 18. Juli 1984, S. 1.

⁷²) Politika vom 29. März 1985, S. 2.

⁷³) Die albanischen Stellungnahmen sind auf deutsch zusammengefaßt in: Über die Ereignisse in Kosova, Tirana 1981.

⁷⁴) Politika vom 15. Mai 1981.

⁷⁵) Komunist, Nr. 1437, vom 12. Oktober 1984, S. 5.

Humanistischer Marxismus: Philosophie und politische Theorie der jugoslawischen „Praxis-Gruppe“

I. Humanistischer Marxismus in Osteuropa

Unter den zahlreichen Strömungen und Tendenzen des Marxismus kommt der Theorie des „Humanistischen Marxismus“ in Osteuropa eine besondere Bedeutung zu. Denn bei dieser Marxismusvariante handelt es sich um ein Konzept, das in kritischer Auseinandersetzung und Konkurrenz zur offiziellen Doktrin des Marxismus-Leninismus entstanden ist. Damit ist eine Konstellation gegeben, deren politische Brisanz offenkundig ist.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu Stalins Tod 1953 herrschte in den osteuropäischen Ländern — mit Ausnahme Jugoslawiens — unter den Marxisten eine ideologische Konformität. Unbestritten dominierte das von Stalin in seinem 1938 verfaßten Aufsatz „Über dialektischen und historischen Materialismus“ gezeichnete Denkgebäude des Marxismus-Leninismus. Erst in der Phase des sogenannten Tauwetters — einer begrenzten Liberalisierung im Ostblock zwischen 1953 und 1956 — wandten sich zunächst polnische und ungarische Marxisten enttäuscht von der offiziellen Lehre ab und suchten einen neuen Zugang zu Marx. Ähnliche Bestrebungen gab es seit dem Kominformausschluß 1948 auch in Jugoslawien, während in der CSSR erst in den sechziger Jahren im Vorfeld des „Prager Frühlings“ ein ausreichender politischer Spielraum für eine grundsätzlich andere Auffassung des Marxismus bestand. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Traditionen in den verschiedenen Ländern ist es berechtigt, von einer gemeinsam erarbeiteten „Theorie des humanistischen Marxismus“ zu sprechen, wurden doch in der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gleiche Themenschwerpunkte gewählt und ähnliche Resultate erzielt: Der Rückgriff auf die Marxschen Frühschriften, die Betonung der „Praxis“ als Schlüsselkategorie, die Aufwertung der Marxschen Entfremdungstheorie und der Rolle des Individuums sind zentrale Elemente sowohl des polnischen und ungarischen als auch des tschechoslowakischen und jugoslawischen „Revisionismus“¹⁾.

Sowohl bezogen auf die Quantität der Beiträge als auch unter dem Gesichtspunkt des Zeitraums ihres Wirkens ist die jugoslawi-

sche „Praxis-Gruppe“ die bedeutendste Vertreterin des „Humanistischen Marxismus“. Deshalb soll sie im folgenden auch im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Daneben sind allerdings auch in Polen, Ungarn und der CSSR wichtige Beiträge zu diesem Thema entstanden:

Zu den wichtigsten Personen in Polen, die rücksichtslos mit verschiedenen Mythen des Stalinismus aufräumten, zählen der 1977 mit dem Friedensnobelpreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnete Leszek Kolakowski, der Philosoph und Verfasser einer bedeutenden Rousseau-Studie Bronislaw Baczko und Zygmunt Baumann. In zahlreichen Arbeiten sind die polnischen Marxisten vor allem auf die Probleme der menschlichen Ethik eingegangen, einer philosophischen Richtung, die im Stalinismus keine Berücksichtigung gefunden hatte. Indem sie die Eigenverantwortlichkeit des Menschen unterstrichen, übten sie damit zugleich eine philosophisch versteckte Kritik am Führungsanspruch der Partei. So jedenfalls empfanden es die polnischen Bürokraten, die Kolakowski 1966 von der Partei ausschlossen und ihn 1968 vom Lehrstuhl der Universität Warschau entfernten²⁾.

Ein glücklicher Umstand kam in Ungarn der Entwicklung eines kritischen Marxismus zu Hilfe: In Budapest lehrte der berühmte marxistische Philosoph und Germanist Georg Lukács, der sich schon mit seinem in den zwanziger Jahren erschienenen — allerdings später von ihm selbst widerrufenen — Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein“ vom Sowjetmarxismus à la Bucharin und Deborin abgrenzte. Im Vorfeld des ungarischen Volksaufstandes von 1956 spielte der Petöfi-Klub in Budapest mit dem Diskussionsredner Lu-

¹⁾ Der Begriff „Revisionismus“ ist hier mit Anführungszeichen versehen, da er den Parteiideologen in Osteuropa als abwertendes Kennzeichen jeder Abweichung vom offiziellen Marxismus-Leninismus dient. Demgegenüber verweist der Begriff „Humanistischer Marxismus“ auf den Kern dieser Theorie: den Menschen in den Mittelpunkt philosophischer Betrachtung zu rücken.

²⁾ Seit 1968 befindet er sich im westlichen Ausland; derzeit lehrt er in Oxford (Großbritannien) Philosophie.

kács eine wichtige Rolle als Verständigungsbasis kritischer Intellektueller. Für die heutige Zeit dürfte jedoch die Arbeit der „Budapester Schule“ von größerem Interesse sein. Dabei handelt es sich um einen Kreis von Lukács-Schülern, die einen breit gefächerten Beitrag zur Ausarbeitung des „Humanistischen Marxismus“ leisteten. Die wichtigsten Vertreter dieser Gruppe sind Agnes Heller, Ferenc Fehér, András Hegedüs, György Márkus, Mária Márkus und Mihály Vajda. Besonders von Agnes Heller und Ferenc Fehér sind in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen — auch in deutscher Sprache — erschienen³⁾. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückte die „Budapester Schule“ erst nach der gewaltsamen Unterdrückung des Prager Frühlings von 1968. Damals unterschrieben ihre Mitglieder eine von der jugoslawischen „Praxis-Gruppe“ verfaßte Protestresolution gegen die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten. 1973 wurden Agnes Heller, András Hegedüs, Mária Márkus, Mihály Vajda,

György Márkus, János Kis und György Beuce von der Akademie der Wissenschaften entfernt. 1977 verließen Heller und Fehér schließlich aufgrund des zunehmenden politischen Drucks Ungarn⁴⁾.

In der CSSR bildeten die Ereignisse um den „Prager Frühling“ von 1968 den eigentlichen Rahmen für die Versuche Karel Kosíks, R. Kalivodas und Ivan Svitáks, den Marxismus neu zu definieren. Allerdings ist der „Prager Frühling“ nicht das eruptive Ereignis, als das er oft dargestellt wird, und nicht auf das Jahr 1968 zu begrenzen. Schon nach dem 12. Parteitag 1962 erschienen in den sechziger Jahren eine Reihe von Publikationen, die den tschechoslowakischen Reformkommunismus einleiteten. Zu den wichtigsten Schriften gehört in unserem Zusammenhang Karel Kosík „Die Dialektik des Konkreten“. Nach der Intervention führten die kritischen Marxisten der CSSR ein Schattendasein. So wurde zum Beispiel Karel Kosík seiner akademischen Positionen enthoben.

II. Der jugoslawische Weg zum Sozialismus und die „Praxis-Gruppe“

Die zahlenmäßig größte Gruppe von Vertretern des „Humanistischen Marxismus“ hatte sich in Jugoslawien gebildet. Dort gelang es 1964 einer Gruppe kritischer Marxisten, die Zeitschrift „Praxis“ zu gründen, die bis 1975 wohl das „lebendigste Zentrum marxistischer Philosophie auf der ganzen Welt“⁵⁾ darstellte. Zu den wichtigsten Personen dieser „Praxis-Gruppe“ zählen Mihailo Marković, Gajo Petrović, Svetozar Stojanović, Predrag Vranicki, Rudi Supek, Ljubomir Tadić, Miladin Životić, Zagorka Golubović und Milan Kangrga. Neben den Veröffentlichungen in den Ausgaben der Zeitschrift liegen zahlreiche interessante Arbeiten der „Praxis-Gruppe“ auch in deutscher Sprache vor⁶⁾. Einige Mitglieder der Gruppe erhielten Lehraufträge im westlichen Ausland: So bereiste Marković die USA, und Stojanović war mehrfach Gastprofessor an der Freien Universität Berlin und an der Universität Göttingen.

Die meisten der „Praxis“-Marxisten hatten aktiv an dem einschneidenden Ereignis der jugoslawischen Geschichte, dem Partisanenkrieg gegen die deutschen und italienischen Invasoren, teilgenommen. Damals war es Titos Armee gelungen, sich aus eigenen Kräften vom faschistischen Aggressor zu befreien; diese Tatsache sowie der 1948 erfolgte Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) legten den Grundstein für die eigenständige sozialistische Entwicklung des Landes.

1950 dekretierte Tito per Gesetz die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben. Damit wählte Jugoslawien einen deutlich von dem sowjetischen Modell verschiedenen Weg. Mag auch eine große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus bestehen⁷⁾, so muß doch festgehalten werden, daß die positiven Ansätze hinsichtlich Demokratie und Mitbestimmung gerade im Vergleich zu den Ostblockländern beachtlich sind. Insofern bestanden in Jugoslawien günstigere Voraussetzungen für die Formulierung eines kritischen Marxismus. Dennoch ist das Land von starken autoritären Zügen geprägt. Vor allem blockiert die Kommunistische Partei — der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) — jede Bestrebung, die Idee des

³⁾ Zum Beispiel die interessante Arbeit von F. Fehér/A. Heller, Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen, Hamburg 1979, sowie G. Lukas/A. Heller/F. Fehér u. a., Individuum und Praxis. Positionen der Budapester Schule, Frankfurt/M. 1975.

⁴⁾ Sie sind derzeit als Dozenten für Philosophie und Soziologie in Australien tätig.

⁵⁾ L. Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus, Bd. 3, München 1979, S. 518.

⁶⁾ Zu den wichtigsten zählen: G. Petrović (Hrsg.), Revolutionäre Praxis, Freiburg im Breisgau 1969; R. Supek/B. Bosnjak (Hrsg.), Jugoslawien denkt anders, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1971.

⁷⁾ Vgl. G. Lemán, Das jugoslawische Modell, Frankfurt/M. — Köln 1976.

Selbstverwaltungssozialismus auch innerhalb der Partei selbst anzuwenden.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert und hält alle Fäden der politischen Macht fest in ihrer Hand. In Jugoslawien gibt es auch heute noch zahlreiche politische Gefangene sowie eine Presse- und Bücherzensur.

Die jugoslawische Sonderentwicklung wirkte sich auch auf die marxistische Theorie aus. Der eigene Weg zum Sozialismus mußte ideologisch untermauert und gegen den Stalinismus abgegrenzt werden. Zunächst waren es die offiziellen Parteideologen — Kardelj, Pijade, Žiherl und damals noch Djilas —, die Anfang der fünfziger Jahre Einwände gegen den Stalinismus formulierten. Ihr Hauptargument lautete: Nicht Jugoslawien, sondern die Sowjetunion selbst habe den von den Klassikern des Marxismus-Leninismus vorgeschriebenen Weg zum Sozialismus verlassen. Vor allem in Marx' Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich“ und Lenins „Staat und Revolution“, wo vom Absterben des Staates die Rede ist, sahen sie den größten Widerspruch zum sich aufblähenden Sowjetstaat. In Jugoslawien sollte die Einführung des Selbstverwaltungssozialismus eine ähnlich bürokratische und etatistische Entwicklung wie in der Sowjetunion verhindern.

Diese Kritik hartete jedoch einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem gesamten Gedankengebäude der Stalinischen Marx-Interpretation. Gerade dieser Aufgabe nahmen sich die jungen Parteintellectuellen des späteren „Praxis“-Kreises an. Dabei kritisierten sie vor allem die Stalinsche Interpretation des „Historischen Materialismus“. Danach ist die Geschichte als eine Abfolge objektiver und unabhängig vom menschlichen Willen wirkender ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu verstehen. In einem DDR-Lehrbuch heißt es dazu: „Die Entwicklung der Gesellschaft ist ein gesetzmäßiger Prozeß, der einer bestimmten, vom Willen und Bewußtsein der Menschen unabhängigen historischen Notwendigkeit unterworfen ist.“⁸⁾

Ähnliche Definitionen dienten Stalin dazu, den sowjetischen Weg zum Sozialismus als den einzig möglichen zu mystifizieren; Abweichungen davon verletzten die „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ beim Aufbau des Sozialismus. Eine solche „Abweichung vom richtigen Weg“ warf Stalin den Jugoslawen anläßlich des Kominformausschlusses (Kommuni-

stisches Informations-Büro) 1948 unter anderem vor.

Den jungen Philosophen des späteren „Praxis“-Kreises kam es deshalb darauf an, die theoretische Grundlage dieses Vorwurfs in Frage zu stellen. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Werk der „Praxis“-Marxisten das Interesse gerade an diesem Thema. Ein wichtiges Ziel ihrer Arbeit besteht darin, nachzuweisen, daß sich — trotz bestimmter objektiver Bedingungen und Restriktionen — dem menschlichen Handeln meist verschiedene Alternativen bieten. Dadurch besteht Raum für die Realisierung menschlicher „Praxis“. Denn im Unterschied zum Vollzug zwangsläufiger Reaktionen bestehe menschliches Handeln — das den Namen verdient — eigentlich darin, zwischen verschiedenen Möglichkeiten nach Werten zu wählen⁹⁾. Für Jugoslawien bedeutet dies zum Beispiel, eine vom sowjetischen Modell verschiedene und am Selbstverwaltungsgedanken orientierte Form des Sozialismus zu wählen. Vladimir Filipović, ein etwas weniger bekannter „Praxis“-Marxist, hat diesen Gedanken folgendermaßen formuliert: Es gibt „im Rahmen der unabwendbaren naturalen Determiniertheit einen weiten Spielraum für seine (des Menschen, R. R.) bewußte Tätigkeit“¹⁰⁾. Auch Svetozar Stojanović geht es darum, die Welt als veränderbar, als eine Welt der *möglichen* menschlichen Praxis zu begreifen. Zu diesem Zweck führt er die Kategorie der „offenen Dialektik“ ein. Eine Öffnung der Geschichte für mehrere Alternativen schließt natürlich den blinden Fortschrittsglauben aus. Geschichte, als für mehrere Alternativen prinzipiell geöffnet begriffen, schließt auch die Möglichkeit des historischen Rückschritts ein. Einen solchen identifiziert Stojanović zum Beispiel im Stalinismus¹¹⁾.

Dieser von den „Praxis“-Philosophen geschaffene theoretische Rahmen diene nicht nur der Zurückweisung der Stalinschen Anmaßung, genauestens über den einzig naturgesetzlich verlaufenden Prozeß der Geschichte Bescheid zu wissen. Er entsprach auch weit eher den konkreten Erfahrungen, welche die jungen Revolutionäre im Verlauf des Partisanenkampfes und beim Aufbau des Selbstverwaltungssozialismus gemacht hatten. Bei-

⁹⁾ Für die „Praxis“-Marxisten war daher Friedrich Engels Definition: „Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit“ unannehmbar.

¹⁰⁾ V. Filipović, Natur und Geschichte, in: Praxis, 2 (1966), 1/2, S. 60.

¹¹⁾ Vgl. S. Stojanović, Marxismus als Gesellschaftstheorie und Ideologie. Überlegungen zur Krise des Marxismus, in: O. Flechtheim (Hrsg.), Marx heute, Hamburg 1983.

⁸⁾ Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch, Berlin (Ost) 1960, S. 157.

des erforderte über die Maße persönliche Initiative, Kreativität und Verantwortungsbeziehung der Individuen — Tugenden, die bei einer angenommenen, naturgesetzmäßig verlaufenden Geschichtsentwicklung nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung im Jugoslawien des Jahres 1950 ist denn auch weniger als ein Akt der historischen Notwendigkeit zu verstehen, sondern eher auf die Entschlußfreudigkeit und das Selbstbewußtsein der jugoslawischen Parteiführer zurückzuführen¹²⁾.

Die Zustimmung der „Praxis“-Marxisten zum jugoslawischen Sonderweg und zur Einführung der Arbeiterselbstverwaltung verleitete sie jedoch nicht dazu, seine konkrete Ausgestaltung kritiklos zu akzeptieren.

1952 gründete Rudi Supek in Zagreb eine Zeitschrift mit dem Titel „Pogledi“ (Ansichten). In ihr wurden philosophische, sozioökonomische, aber auch ästhetische und literarische Probleme diskutiert. Zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift gehörten auch die späteren „Praxis“-Mitarbeiter Vranicki, Kangrga, Grlic und Stojanović. Die Zeitschrift kritisierte und beklagte vor allem den Zustand der politischen Kultur in Jugoslawien. Eigentlich hätte die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung 1950 der Mitarbeit diskussionsfreudiger, selbstbewußter und politisch mündiger Bürger bedurft. Zwar konnte die Partei angesichts der hohen Analphabetenrate und der geringen historischen Erfahrung in der Einübung demokratischer Verfahren auf diese Grundlage nicht zurückgreifen; aber sie tat auch nicht genug, um den politischen Reifeprozess des Proletariats zu unterstützen. Zum Beispiel hätte sie die öffentliche Diskussion über kontroverse politische und kulturelle Themen anregen müssen. Da dies nicht geschah, blieb die Mitbestimmung in den Arbeiterselbstverwaltungsorganen weitgehend formal; letztlich bestimmten die Parteifunktionäre die Politik.

Auf diesen wunden Punkt und auf die Tatsache, daß in Jugoslawien die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung in kultureller Apathie und zurückgezogener Privatheit lebe, wies die Zeitschrift „Pogledi“ hin. Dabei scheute sie sich nicht, auf die Beiträge westlicher Philosophie, vor allem auf den französischen Existentialismus von Jean-Paul Sartre, Albert Camus und Maurice Merleau-Ponty, zurückzugreifen. Ohne die Unterschiede zwischen der „Praxis“-Philosophie und dem existentialistischen Ansatz zu verwischen,

stimmten die jugoslawischen Marxisten mit Sartres Bemühungen überein, den Menschen wieder zur Grundlage der Theorie zu machen¹³⁾. Allzulange reduzierte der Stalinismus den Marxismus auf eine ökonomische Theorie, eine Taktik des Klassenkampfes oder recht abstrakte Erörterungen über den dialektischen Aufbau der Materie etc. Dabei blieb unberücksichtigt, daß Marx vor allem in seinen Frühschriften eine eigenständige Philosophie über das Wesen des Menschen entwickelt hat. Diese philosophische Komponente im Marxismus reaktivierte die „Praxis“-Marxisten. Marx erblickte das Wesen des Menschen in seiner Kreativität, in seinem Drang, sich und die Umwelt bewußt und frei zu gestalten. Verhältnisse, die eine solche Selbstentfaltung übergebührlich einschränken, bezeichnete Marx als dem Menschen „entfremdet“.

Diese Entfremdungstheorie auf die jugoslawische Situation anfangs der fünfziger Jahre angewandt, ließ die „Pogledi“-Mitarbeiter die Forderung nach kultureller Vielfalt, freier Meinungsäußerung und freien politischen Betätigungsmöglichkeiten erheben. Damit verdeutlichten sie, daß, trotz gegenteiliger Bezeugung der Partei, auch in Jugoslawien Bürokratismus und Etatismus — typische Entfremdungserscheinungen nach Marx — nicht abgeschafft waren. Sollte sich die jugoslawische Entwicklung vom sowjetischen Weg unterscheiden, mußte sich dies vor allem in einem erweiterten Freiheits- und Entfaltungsspielraum der Individuen ausdrücken. Oder, um es mit John Stuart Mill, einem liberalen Philosophen des 19. Jahrhunderts, zu sagen: „Der Wert eines Staates ist auf lange Sicht der Wert der Individuen, die ihn bilden“¹⁴⁾. Indem die „Pogledi“-Mitarbeiter auf diesen Maßstab pochten, gerieten sie schon damals in Konflikt zur Partei.

Die Partei reagierte auf diese Kritik empfindlich: Sie warf der Zeitung einen „abstrakten Humanismus“ vor und engte ihren Spielraum zunehmend ein. Die Artikel mußten auf politischen Druck hin entschärft werden. Als Folge davon führte ein schwindendes Publikumsinteresse 1955 zur Einstellung der Zeitschrift. Hinzugefügt sei, daß das „Pogledi“-Experiment in die Zeit der Djilas-Affäre fiel. Milovan Djilas, einer der höchsten jugoslawischen Führungspersönlichkeiten und enger Vertrauter Titos aus der Zeit des Partisanenkampfes, sagte sich von der Parteispitze los

¹³⁾ J.-P. Sartre, *Marxismus und Existentialismus*, Reinbek bei Hamburg 1964, S. 141.

¹⁴⁾ J. St. Mill, *Über die Freiheit*, Stuttgart 1974, S. 157.

¹²⁾ Vgl. M. Djilas, *Die unvollkommene Gesellschaft*, Wien-München-Zürich 1969, S. 204f.

und begann, in der Zeitschrift „Borba“ parteikritische Artikel zu veröffentlichen¹⁵⁾. Diese Artikel besaßen im Gegensatz zu den Beiträgen der „Pogledi“, die eher philosophisch-literarisch gehalten waren, eine politisch deutlichere Sprache. So brachte Djilas schon bald den Begriff der „Neuen Klasse“ — gemeint ist die Parteibürokratie — ins Spiel. Die dadurch verunsicherte Parteiführung schaltete Djilas aus¹⁶⁾ und engte auch den Spielraum für die philosophischen Reflexionen und die Entfaltung einer Theorie des „Humanistischen Marxismus“ ein.

Ende der fünfziger Jahre begann sich das politische Klima in Jugoslawien zu entspannen. Der Parteikongreß von 1958 schrieb die „Elemente des eigenen Wegs zum Sozialismus“ fest; der BdkJ versprach, seine starre Haltung auf ideologischem Gebiet zu lockern. Vorausgegangen war die außenpolitische Entspannung des Verhältnisses zur Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten. Mit Chruschtschows „Canossagang“ nach Belgrad 1956 respektierte Moskau schließlich den besonderen Weg Jugoslawiens.

Für die humanistischen Marxisten Jugoslawiens bestand in dieser Situation die Möglichkeit, einige Grundlagen ihrer Philosophie zu präzisieren.

Ein wichtiger Meilenstein in diesem Vorhaben bedeutete das philosophische Symposium zu Bled 1960. Dort nutzten die humanistisch orientierten Marxisten die Gunst der Stunde, um ihre Positionen offenzulegen. Die Konferenz endete in einem Streit zwischen den Vertretern des offiziellen und denen des humanistischen Marxismus. Neben den Problemen des „Historischen Materialismus“ standen erkenntnistheoretische Fragen auf der Tagesordnung. Die „Praxis“-Philosophen verwarfen hierbei die Leninsche „Widerspiegelungstheorie“. Nach dieser bildet das menschliche Bewußtsein die Gegenstände der Außenwelt photographisch ab. Wissen sei daher ein möglichst unbeeinflusstes Einströmenlassen von Bildern der Außenwelt auf unser Bewußtsein; jede subjektive Zutat verwässere nur die angestrebte Objektivität der Erkenntnis.

Demgegenüber wiesen die „Praxis“-Philosophen darauf hin, daß interessenlose Erkenntnis letztlich nicht möglich sei. Schon die Auswahl der Erfahrungsbereiche, die Art der menschlichen Wahrnehmung sei subjektiv

und richte sich nach bestimmten Fragestellungen. In der menschlichen Wahrnehmung stecke zudem ein „Gutteil an Aktivität“. Um „wahrnehmen“ zu können, müsse man aufmerksam, aufgeschlossen und in der Lage sein, sich zu konzentrieren. Auch Erkenntnis sei daher eine bestimmte Form menschlicher Praxis.

Insbesondere der Belgrader Philosoph Mihailo Marković bemühte sich, den Praxis-Begriff für den Bereich der Erkenntnistheorie fruchtbar zu machen. Nach Marković können wir nur etwas wissen „von denjenigen Objekten, die wir praktisch verändert haben, die wir aus Dingen ‚an sich‘ verwandelt haben in Dinge ‚für uns‘. Das ist, was kein einziger Vulgärmaterialist begreifen will.“¹⁷⁾ Dieses aktive, nicht kontemplative Verhältnis zur Umwelt prägt die „Praxis“-Philosophie. Die orthodoxen Marxisten, sich der politischen Sprengkraft dieses Denkens sehr wohl bewußt, belegten denn auch die „Praxis“-Philosophie mit dem Vorwurf des „Subjektivismus“¹⁸⁾: Die „Praxis“-Philosophen würden sich über die natürlichen Existenzbedingungen der Gesellschaft hinwegsetzen und in ihrer rückhaltlosen Betonung der menschlichen Kreativität in einen heillosen Mystizismus verfallen¹⁹⁾.

Dieser Vorwurf mag für Äußerungen mancher „Praxis“-Marxisten durchaus zutreffen. Zum Beispiel wenn Danko Grlić als Definition wahrer revolutionärer Praxis überspitzt formuliert: „... sie kann nie, nirgends und in niemandes Namen stehenbleiben. Durch sie ist auch der Mensch, dieses endliche, sterbliche, ohnmächtige Wesen, praktisch unendlich, unsterblich und allmächtig.“²⁰⁾ Damit ist die Kategorie der „Praxis“ sicherlich überstrapaziert. Deshalb betont Marković neben dem kreativen Aspekt auch den kommunikativen, intersubjektiven und überprüfbaren Charakter menschlicher Praxis²¹⁾. Dadurch gelingt es ihm schließlich überzeugend, den eigenen Ansatz gegenüber subjektivistischen und existentialistischen Marx-Interpretationen abzugrenzen.

Überhaupt steht der Begriff der Kommunikation im Mittelpunkt der „Praxis“-Philosophie. Kommunikation, rationale Erörterung, Aus-

¹⁷⁾ M. Marković, *Dialektik der Praxis*, Frankfurt/M. 1988, S. 34.

¹⁸⁾ S. v. a. A. Kosing, *Die Verfälschung und Preisgabe der materialistischen Dialektik durch den modernen Revisionismus*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 20 (1972) 2, Berlin (Ost) 1972.

¹⁹⁾ Vgl. ebd.

²⁰⁾ D. Grlić, *Praxis und Dogma*, in: G. Petrović (Hrsg.), *Revolutionäre Praxis*, Freiburg i. Breisgau 1969, S. 124.

²¹⁾ Vgl. M. Marković (Anm. 17), S. 32f.

¹⁵⁾ Diese Artikel sind zusammengefaßt in: M. Djilas, *Anatomie einer Moral*, München 1961.

¹⁶⁾ Er wurde verhaftet und mehrere Jahre inhaftiert.

tausch der Argumente in kritischen Diskussionen sind unabdingbar, wenn sowohl im Geschichtsverlauf als auch in der Naturbetrachtung Vernunft und Wahrheit nicht „abgegeben“ werden können, sondern „aufgegeben“ sind und somit durch menschliche Praxis „verwirklicht“ werden müssen.

Die „Praxis“-Philosophen suchten das Prinzip der Kommunikation in einer einzigartigen und leider in diesem Ausmaß bis dato nicht wiederholten Art und Weise zu verwirklichen. Auf der jugoslawischen Insel Korcula organisierten die Belgrader und Zagreber Philosophen ab 1963 alljährliche Sommertreffs,

zu denen sie international bekannte Marxisten und Marxologen (Erich Fromm, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, Lucien Goldmann, Ernest Mandel, Tom Bottomore, Maximilian Rubel, Kastor Axelos, Serge Mallet, Franz Marek, Leszek Kolakowski, Karel Kosik, Umberto Cerroni, R. Lombardo-Radice, Agnes Heller, Helmut Fleischer, Mark Warfotsky, Robert Tucker, Norman Birnbaum u. a.) einluden. Hierzu schrieb der „Spiegel“ 1972: „Neun Jahre lang war die dalmatische Insel der einzige Ort auf der Welt, an dem Anarchisten, Trotzlisten, Leninisten und Existentialisten Argumente und nicht bloß Anwürfe austauschten.“²²⁾

III. Die Zeitschrift „Praxis“ und die Ereignisse von 1968

Die Veröffentlichung von Sammelwerken und die Abhaltung öffentlicher Konferenzen bildeten jedoch noch nicht die dauerhafte Plattform, welche sich die humanistischen Marxisten wünschten. Man wußte um die größere Einflußmöglichkeit eines permanent erscheinenden Organs. 1964 gelang es endlich, die kroatische Philosophie-Gesellschaft als Sponsor für die Zeitschrift „Praxis“ zu gewinnen. Die Zeitschrift erschien in redaktioneller Eigenregie, aber während politisch-propagandistischer Kampagnen gegen die „Praxis“ drehte die „Gesellschaft“ zuweilen den Geldhahn zu. Einzelne Ausgaben konnten daraufhin nicht oder nur verspätet erscheinen. Das erste Heft erschien im September 1964 unter dem Titel „Wozu Praxis?“ in Jugoslawien. Daneben wurde eine internationale Ausgabe unter dem gleichen Titel im Frühjahr 1965 gestartet. Deren Ziel war es nicht vordringlich, das jugoslawische Denken im Ausland bekannt zu machen, vielmehr wollte man hierdurch „die internationale Zusammenarbeit anregen, zu der unserer Meinung nach auch eine internationale Diskussion über die entscheidenden Probleme der Gegenwart gehört“²³⁾. Das selbstgesteckte Arbeitsziel der „Praxis“ galt der Revitalisierung und Entfaltung des marxistischen humanistischen Gedankens in Jugoslawien und darüber hinaus. Aber ihrem besonderen Begriff von Philosophie lag eine brisante Tendenz inne: „In unserer Zeitschrift soll Philosophie der Gedanke der Revolution sein, rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, humanistische Vision einer

wirklich menschlichen Welt, inspirierende Kraft revolutionären Handelns.“²⁴⁾

Neben der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus häuften sich in der Zeitschrift immer mehr jene Beiträge, die eine kritische Position zu einigen Tendenzen der modernen Industriegesellschaft einnahmen. So unterschied Mihailo Đurić zwischen dem Fortschrittsbegriff der Aufklärung und demjenigen, den Saint-Simon im 19. Jahrhundert entwickelt hat. Während ersterer „vor allem und über allem in der Erziehung des Menschen und der Veredelung seines Charakters“²⁵⁾ den Fortschritt sah, identifizierte ihn Saint-Simon mit der Steigerung der industriellen Produktion.

Mihailo Đurić zieht daraus den kulturkritischen Schluß: „Alles was Saint-Simon als Fortschritt angesehen und gepriesen hat, nehmen wir bereitwillig an, während wir für die Ideale der Aufklärer kaum Verständnis aufbringen.“²⁶⁾ Den Hintergrund dieser Äußerung bildeten einige negative Auswirkungen der jugoslawischen Wirtschaftsreform von 1965. Sie war der Höhepunkt des Prozesses einer allgemeinen Dezentralisierung der jugoslawischen Wirtschaft ab 1961. Die administrativen Fesseln von Eigeninitiative und Selbstverwaltung wurden gelockert und das System der „sozialistischen Marktwirtschaft“ ausgebaut. Während so die Unternehmen einen spürbar größeren Einfluß auf die Produktion und den Gewinn erhielten, deckte die Reform zugleich rücksichtslos die Schwächen der jugoslawischen Wirtschaft auf. Eine hohe Inflationsra-

²²⁾ Der Spiegel, (1972) 38, S. 131.

²³⁾ Vgl. „Wozu Praxis?“, Vorwort zur internationalen Ausgabe, in: G. Petrović (Hrsg.), Revolutionäre Praxis (Anm. 20).

²⁴⁾ Ebd., S. 53.

²⁵⁾ M. Đurić, Sinn und Möglichkeit des Fortschritts, in: R. Supek/B. Bosnjak, Jugoslawien denkt anders, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1971, S. 122.

²⁶⁾ Ebd., S. 130.

te, die Bildung von Wirtschafts- und Bankmonopolen, Arbeitslosigkeit, soziale Differenzierungen sowie eine Verschärfung des regionalen Wohlstandsgefälles waren nur einige der unangenehmen Folgen. Diese Mängel blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Menschen. Das jugoslawische Wirtschaftssystem schuf in seiner vorliegenden Form nicht nur Raum für Mitbestimmung, sondern förderte auch den Gruppenegoismus, das Konkurrenzverhalten, den Besitztrieb und die Korruptionsbereitschaft der Individuen.

Mihailo Đurić verwies daher auf die wünschenswerte Synthese der beiden von ihm skizzierten Fortschrittsbegriffe: „Ideal wäre, wenn es uns gelingen könnte, den Glauben der Aufklärer mit dem Glauben Saint-Simons an den Fortschritt zu vereinen, wenn es uns gelänge, die Kultur zu entwickeln, ohne auf die Zivilisation zu verzichten, die Produktivkräfte der Gesellschaft zu fördern, ohne den Menschen zu gefährden.“²⁷⁾ Der philosophische Beitrag der „Praxis-Gruppe“ zu diesem Ziel bestand darin, dem herrschenden Menschenbild des „homo oeconomicus“ eine andere Auffassung entgegenzustellen. Zu diesem Zweck griffen sie erneut auf den jungen Marx zurück.

Marx hatte in seinen „Pariser Manuskripten“ ein von Ludwig Feuerbach beeinflusstes Menschenbild entworfen, das humanistisch orientierte Philosophen immer wieder aufs Neue fasziniert. Er spricht dort vom „allsinnigen Menschen“²⁸⁾ und von „Organe(n) seiner Individualität“ wie „sehen, hören, riechen, schmecken, fühlen, denken, anschauen, empfinden, wollen, tätig sein, lieben“²⁹⁾. Alle diese Sinne gilt es nach Marx menschlich zu gestalten. Indem die „Praxis“-Marxisten diesen Grundgedanken wieder aufnahmen, wiesen sie darauf hin, daß Sozialismus nicht gleichbedeutend ist mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln oder gar mit Lenins berühmter Formel „Sozialismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Allenfalls mag es sich hierbei um notwendige Voraussetzungen, jedoch keineswegs um hinreichende Bedingungen für eine weitere Entfaltung der menschlichen Kreativität handeln. Deshalb ist im „Praxis“-Begriff auch eine normative Komponente mit einbegriffen. Es geht darum, wahre menschliche Aktivität oder eine Tätigkeit, die das Merkmal „menschlich“

verdient, von entfremdeter Arbeit zu unterscheiden. „Arbeit wird nur dann Praxis, wenn sie frei gewählt ist und eine Möglichkeit für individuellen Selbstaussdruck und Selbsterfüllung gewährt.“³⁰⁾ „Praxis ist eine ideale menschliche Aktivität, in der man die optimalen Potenzen seines Wesens verwirklicht.“ „Praxis begründet warme und werthafte Beziehungen zu anderen Menschen.“³¹⁾

Selbstverständlich sind sich mit Marković auch die anderen „Praxis“-Marxisten bewußt, daß für eine lange Zeit noch das Prinzip fremdbestimmter oder monotoner und langweiliger Tätigkeit dominieren wird. Aber eine anspruchsvolle Definition von menschlicher Praxis verhindert eine vorschnelle Identifikation des Sozialismus mit noch herrschaftsdurchsetzten und fremdbestimmten Verhältnissen. Und eben darin liegt ein Stachel der „Praxis“-Philosophie.

Ebenso wie in den westlichen Ländern wirkten diese Gedanken hauptsächlich auf intellektuelle Kreise³²⁾. 1968 protestieren in Jugoslawien die Studenten. Zwar war der unmittelbare Anlaß der Demonstrationen ökonomischer Art. Nur eine Minderheit erhielt Stipendien, die Mehrheit lebte auf Darlehn und wurde von den Eltern unterstützt. Folglich stammten nur 12 Prozent der Studenten an der Belgrader Universität aus Arbeiterfamilien. Hinzu kam eine große Akademikerarbeitslosigkeit. In ihren Forderungen sprengten die Studenten jedoch den ökonomischen Rahmen: Sie verlangten die „Abschaffung aller Privilegien und sozialer Unterschiede, Demokratisierung von Partei, Gewerkschaften und Presse, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit“³³⁾ und eine Hochschulreform. Auf die Demonstrationen wußte die Partei nur mit drastischen Repressalien zu reagieren. Die Ursachen dieses Protests sah die Parteibürokratie in der Mesalliance zwischen Professoren-Häretikern und irreführenden Studenten. In einer Rede vom 26. Juni 1968 forderte Tito öffentlich die Entlassung einzelner Professoren, Philosophen und Soziologen³⁴⁾. Gajo Petrović und Mladen Caldarić

³⁰⁾ M. Marković/R. Cohen, *The rise and the fall of Socialist Humanism*, Nottingham 1975, S. 32.

³¹⁾ M. Marković, *From Affluence to Praxis*, Michigan 1974, S. 64f.

³²⁾ Die Zeitschrift wurde intensiv gelesen. „Praxis... ist jeden zweiten Monat gleich nach dem Erscheinen sowohl hier (in Zagreb, R. R.) als auch in Belgrad vergriffen. Man kann sie sogar als einen regelrechten ‚Bestseller‘ bezeichnen.“ P. Lendvai, *Die Grenzen des Wandels*, Wien 1977, S. 161.

³³⁾ *Der Spiegel*, 22 (1968) 24, S. 79.

³⁴⁾ Vgl. G. S. Sher, *Praxis. Marxist Criticism and Dissent in Socialist Yugoslavia*, Ontario 1977, S. 213.

²⁷⁾ Ebd., S. 132.

²⁸⁾ K. Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, in: I. Fetscher (Hrsg.), *Marx-Engels Studienausgabe*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1966, S. 105.

²⁹⁾ Ebd., S. 102.

wurden in Zagreb aus der Partei ausgeschlossen; ein ähnlicher Versuch scheiterte in Belgrad am Protest der universitären Parteisektion und einem Solidaritätsstreik der Studenten. Die Rede Titos markierte deutlich ein Ende der Konzessionsbereitschaft der Partei, und von da an mußten die „Praxis“-Philosophen mit weiteren Repressalien rechnen.

Die ganze Art, wie die Partei mit dem Protest junger Menschen umging und ihn kriminalisierte, hinterließ auf seiten der „Praxis-Gruppe“ einen tiefen Eindruck. Er führte dazu, daß

die Tendenz der Zeitschrift zunehmend politischer wurde.

Immer häufiger füllten die Seiten der „Praxis“ Beiträge, die sich den politisch brisanten Themen in Jugoslawien widmeten. Fragen nach dem Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, nach den Ursachen von Bürokratismus und Etatismus sowie nach den kritischen Punkten des jugoslawischen Modells des Selbstverwaltungssozialismus drängten die „Praxis“-Marxisten in stärkere Konfrontation zur Partei.

IV. Die „Praxis-Gruppe“ und der BdKJ

Der BdKJ tolerierte die Beiträge der „Praxis“ so lange, wie sie sich vorrangig auf dem Gebiet der philosophischen Theorie bewegten. Freilich waren sie deshalb bei der Partei noch lange nicht beliebt. Schon im Gründungsjahr der Zeitschrift 1965 setzte die Kritik ein. Kein Geringerer als E. Kardelj, ein Mitstreiter Titos im Volksbefreiungskrieg und Chefideologe des BdKJ, warf der „Praxis“ vor, unter dem Deckmantel philosophischer Kritik „politische Macht“ anzustreben. Außerdem kritisierte er die Humanismus-Ideen als zu abstrakt und lediglich dazu geeignet, Verwirrung in den eigenen Reihen zu stiften³⁵⁾.

Die Konsequenz war, daß es bald schon zum Entzug von Geldmitteln kam, wodurch das Erscheinen der „Praxis“ einige Male verzögert wurde.

Als die Themen der „Praxis“ nach dem Studentenprotest jedoch immer konkreter an den innerjugoslawischen Verhältnissen ansetzten, fühlte sich die Partei noch empfindlicher getroffen. 1971 verbot sie zum ersten Mal eine „Praxis“-Nummer. Bezeichnenderweise trug diese Ausgabe den Titel „Aspekte des Sozialismus in Jugoslawien“, widmete sich also der jugoslawischen Innenpolitik. Stein des Anstoßes war vor allem Milan Kangrgas Artikel „Phänomenologie des ideologisch-politischen Auftretens der jugoslawischen Mittelklasse“³⁶⁾. Den Hintergrund der Aktion bildete jedoch der schwelende Nationalitätenkonflikt in Jugoslawien. Bis zum heutigen Tag hat der Vielvölkerstaat mit zentrifugalen Tendenzen zu kämpfen. 1971 garte gerade der kroatische Nationalismus. Kangrgas Aufsatz packte nun gleich zwei „heiße Eisen“ an: Er verknüpfte Mißstände innerhalb des Systems der Arbeiterselbstverwaltung mit der Renaissance des Nationalismus. Seine These lautete,

daß die Geburt einer neuen jugoslawischen Mittelklasse (Bürokraten, Technokraten, Manager) sowohl die weitere Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben blockiere als auch für das Anwachsen der nationalistischen Ideologie verantwortlich sei. Die technokratische Mittelklasse suche durch Abspaltung vom Bund ihre Privilegien zu mehren. Einerseits wirkte für die Partei vor allem der Begriff „Klasse“ alarmierend, andererseits nahm Kangrgas Artikel eindeutig gegen den kroatischen Nationalismus Stellung. In dieser Hinsicht befanden sich die „Praxis“-Marxisten in einer Front mit der Partei gegenüber allen Separationsbestrebungen. Die Einsicht in diese Gemeinsamkeit trug auch dazu bei, daß der Oberste Gerichtshof Jugoslawiens das Verbot schließlich aufhob und die Zeitschrift samt Kangrgas Artikel doch erscheinen konnte. Dieser Konflikt deutete aber erneut darauf hin, daß die Partei bei günstiger Gelegenheit gewillt war, drastisch gegen die „Praxis“-Marxisten vorzugehen.

Diese Gelegenheit sollte sich 1972 ergeben. Tito gelang es zwischenzeitlich, die kroatische Opposition auszuschalten; die Schützenhilfe des „Praxis“-Kreises gegen den Nationalismus verlor damit an Wert.

Die Verhaftung dreier Studenten aus dem „Praxis“-Kreis wegen „trozkistischer Verschwörung“ und deren Verurteilung zu je zwei Jahren Gefängnis leiteten den Schlag gegen die „Praxis“ ein. 1972 forderte der BdKJ die Entlassung von acht Belgrader Professoren (Stojanović, Marković, Tadić, Golubović, Zivotić, Popov, Mićunović und Indjić). Die Selbstverwaltungsorgane der Universität Belgrad weigerten sich jedoch, dieser Forderung nachzukommen. Daraufhin wurde Ende 1974 eigens ein neues Universitätsgesetz geschaffen, das die Selbstverwaltung an der Universität untergrub. 1975 erfolgte dann die Suspen-

³⁵⁾ Vgl. G. S. Sher (Anm. 34), S. 194—232.

³⁶⁾ In: Praxis, 8 (1971).

dierung der genannten Professoren³⁷). Damit war das Ende der Zeitschrift „Praxis“ vorbereitet. Ende Januar 1975 wurde die Belegschaft der Druckerei der „Praxis“ aufgefordert, die Zeitschrift nicht mehr zu drucken, und am 21. Februar 1975 schließlich wurde die Redaktion der „Praxis“ auf richterliche Anordnung hin geschlossen. Wie begründete die Partei diese Repressalien? Ein offizielles Schreiben listete die wichtigsten Vorwürfe auf³⁸):

— Der Hauptvorwurf lautete, die „Praxis-Gruppe“ habe sich schrittweise von einer Gruppe von Wissenschaftlern und Theoretikern zu einer politischen Opposition (Neue Linke) gewandelt. Systematisch habe sie das Terrain der theoretischen Diskussion nach und nach verlassen und aktiv eine politische Bewegung organisiert. Sichtbarster Ausdruck dieses Bestrebens sei der Studentenprotest von 1968 gewesen.

— Inhaltlich wolle die „Praxis-Gruppe“ die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die „humanistische Intelligenzija“ ersetzen; sie trete für ein Mehrparteiensystem ein und zeige sich als Gegnerin der Arbeiterselbstverwaltung. Diese Vorwürfe entbehrten jedoch jeglicher Grundlage. In zahlreichen Erklärungen lehnten die „Praxis“-Philosophen eine unmittelbare politische Tätigkeit ab. Folglich wiesen sie auch in einem Protestschreiben die an sie gerichteten Vorwürfe zurück. Darüber hinaus plädierten sie darin für die Diskussions- und Meinungsfreiheit in Jugoslawien. Hier zwei Auszüge: „Die Anschuldigung ist grotesk, weil sie in einem Land vorgebracht wird, dessen gesellschaftliches und politisches System es eigentlich voraussetzen sollte, daß sich jeder Bürger mit Politik befaßt. Oder vielleicht sollen es auch alle anderen, nur nicht die marxistischen Philosophen und Soziologen?“ „Inwieweit kann von Arbeiterbewegung und Sozialismus überhaupt noch die Rede sein, wenn Kritik gemieden wird und man sich vor Diskussionen zu schützen sucht, wenn die Freiheit der Rede in ihren eigenen Reihen zerstört wird, oder sie jederzeit als strafbare Handlung denunziert und nach dem Namen des Strafgesetzbuches verfolgt werden kann.“³⁹

Was ist zu den inhaltlichen Anschuldigungen zu sagen? In der Tat kritisierten die „Praxis“-

³⁷) Dies bedeutete noch nicht den völligen Ausschluß von der Hochschule, von der sie immer noch ein kleines Gehalt bezogen.

³⁸) „Concerning the case of the Eight Bgrade Professors“, ein Bulletin des jugoslav Information Center von New York City, in: M. Marković/R. Cohen (Anm. 30).

³⁹) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 1. 1975.

Marxisten mit der These von der „Diktatur des Proletariats“ ein Kernstück der politischen Theorie des Marxismus. Ljubomir Tadić warnt vor der gefährlichen Tendenz, daß sich „die Diktatur der Klasse auf die Diktatur der Partei und diese wieder auf die Diktatur eines einzelnen Parteiführers reduziert“⁴⁰). (So geschehen in der Sowjetunion unter Stalin.) Die Ursache dafür sieht Tadić unter anderem in der Geringschätzung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in der marxistischen politischen Theorie. Auch S. Stojanović ist der Ansicht, daß die Marxisten die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie zu lange als nebensächlich abgetan haben. „Im Marxismus gibt es zu viele vulgäre Kritiken der bürgerlichen und zu viele geschmacklose Apologien der sozialistischen Demokratie“⁴¹)

Neben dem Öffentlichkeitsprinzip, den Menschen- und Bürgerrechten, dem Prinzip politischer Gewaltenteilung und der Kontrolle wertet die politische Theorie der „Praxis-Gruppe“ die parlamentarisch-repräsentative Seite der Demokratie auf.

Damit wenden sie sich gegen eine — gerade in Jugoslawien auffällige — Überbetonung des rätedemokratischen Staatsaufbaus. Zu dessen Vorteilen gehört zwar ohne Zweifel eine bessere Berücksichtigung der unmittelbaren Interessen der Produzenten und der Gebietseinheiten, also der Basis. Aber in einer modernen, komplexen Industriegesellschaft stellt sich vor allem auch die Frage, wie gesamtgesellschaftliche Interessen zusammengefaßt und politisch artikuliert werden können. Dazu bedarf es Institutionen und Abgeordneter, die Kompromisse schließen und unterschiedliche Interessen *vermitteln* können. Und genau darin liegt die Bedeutung parlamentarischer, repräsentativer Organe. Marković spricht bei Abwägung der Vor- und Nachteile der repräsentativen und der rätedemokratischen Demokratie von einer wünschenswerten „dialektischen Synthese der unmittelbaren (rätedemokratischen, R. R.) und der vermittelten (repräsentativen, R. R.) Demokratie“⁴²). Dabei könnten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene das repräsentative Element und in den Teilbereichen der gesellschaftlichen Tätigkeit die rätedemokratischen Elemente überwiegen.

Allerdings hat sich kein „Praxis“-Marxist für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen, wie es die Partei fälschlicherweise behauptete.

⁴⁰) L. Tadić, Sozialismus und Emanzipation, in: „Praxis International“, Vol. 1 (1981) 1.

⁴¹) S. Stojanović, Kritik und Zukunft des Sozialismus, Frankfurt/M. 1972, S. 82.

⁴²) M. Marković (Anm. 17), S. 151.

Darin ist ein wichtiger Unterschied zwischen dem „Praxis“-Kreis und der jugoslawischen Opposition um Djilas zu sehen. Stojanović hat anlässlich eines Symposiums der Zagreber Universität jüngst wieder die Nachteile eines Mehrparteiensystems in Jugoslawien aufgezählt. „Die geringe Erfahrung unserer Gesellschaft mit einem Mehrparteiensystem aus dem Vorkriegs-Jugoslawien und aus nationalen Konflikten im Bund der Kommunisten Jugoslawiens nach dem Krieg und besonders in den letzten zehn Jahren zeigen, daß sich Parteien in Jugoslawien höchst wahrscheinlich vor allem auf der nationalen und religiösen Linie differenzieren würden — und mit einem solchen Typ eines politischen Pluralismus würde die staatliche Einheit noch viel schneller zerfallen. Außerdem ist unsere geostrategische Lage so geartet, daß eine Mehrparteiorganisation jenen Gruppen ein legales Handeln ermöglichen würde, die im geeigneten Augenblick den Rückhalt für eine ausländische Intervention darstellen könnten. Daher sind die Möglichkeiten für eine weitere Liberalisierung und Demokratisierung in der Tat in Reformen des bestehenden Einparteiensystems zu suchen.“⁴³⁾

Einer innerparteilichen Demokratisierung des BdkJ steht die Leninsche Theorie der Kaderpartei entgegen. Rudi Supek, ein Zagreber Soziologe, hat auf die fatalen Folgen dieses Parteaufbaus für die gesamte jugoslawische Gesellschaft hingewiesen. Eine allein herrschende, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisierte Partei unterliegt der Tendenz, ihr innerparteiliches zentrales Organisationsprinzip auf den Aufbau des gesamten Staates zu übertragen⁴⁴⁾. Und in der Tat ist es in Jugoslawien dieser Parteaufbau, der positive Ansätze des Selbstverwaltungssozialismus in Wirtschaft und Staat entscheidend unterläuft. Die „Praxis“-Marxisten betonten immer wieder diesen Zusammenhang und stellten ihre Forderung nach innerparteilicher Demokratisierung — bislang jedoch ohne entscheidenden Erfolg.

Ebensowenig stichhaltig erwies sich der Vorwurf der Partei, die „Praxis“ sei eine Gegnerin der Arbeiterselbstverwaltung gewesen. Alle „Praxis“-Mitglieder nahmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß sich in Jugoslawien Ende der sechziger Jahre die Idee des Selbstverwaltungssozialismus durchgesetzt hat. Nicht in seiner Abschaffung sehen sie die Lösung aktueller Probleme Jugoslawiens, sondern in

einer Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf alle Gebiete der Gesellschaft — Staat und Partei mit eingeschlossen! Das hindert sie aber nicht daran, den Finger auf einige nach ihrer Ansicht wunde Punkte dieses Systems zu legen. Vor allem zwei Unzulänglichkeiten sind es, auf die die „Praxis“-Marxisten hinweisen: Zum einen stehen den Arbeitern zwar formal weitestgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten zu, in der Realität jedoch haben die Technokraten und Manager in den Arbeiterräten das Sagen. Zum anderen wird im jugoslawischen Wirtschaftssystem der dezentrale Aufbau zuweilen übertrieben und die an sozialen Kriterien orientierte staatliche Planung vernachlässigt. Die Folge davon ist, daß innerhalb des sozialistischen Marktsystems das stärkste selbstverwaltete Unternehmen dominiert und andere möglicherweise in den Bankrott gedrängt werden. Dadurch entstehen soziale Unterschiede (Arbeitslosigkeit!) und territoriale Benachteiligungen (Kosovo!). Um diese Nachteile des Konkurrenzprinzips auszugleichen, ohne jedoch auf dessen stimulierende Wirkung grundsätzlich zu verzichten, empfehlen die „Praxis“-Marxisten eine ergänzende staatliche Rahmenplanung. Diese müsse allerdings *demokratisch* organisiert sein⁴⁵⁾! So erwiesen sich die Anschuldigungen der Partei als nicht stichhaltig; dennoch war mit dem Verbot der „Praxis“ und der Suspendierung der acht Belgrader Philosophen die „Praxis-Gruppe“ zunächst aus dem öffentlichen Leben Jugoslawiens verdrängt. Daran vermochten auch zahlreiche Protestschreiben aus dem In- und Ausland gegen diese Parteibeschlüsse nichts zu ändern.

Nach Titos Tod 1980 erhofften sich die „Praxis“-Marxisten eine Verbesserung ihrer Lage. In diesem Jahr beantragten Tadić und der kroatische Schriftsteller Dobrica Kosić die Lizenz für die Herausgabe einer neuen kritischen Zeitschrift mit dem Titel „Javnost“ (Öffentlichkeit). Der Antrag wurde jedoch bereits negativ beschieden⁴⁶⁾.

Im Dezember 1980 wurden dann die 1972 suspendierten Belgrader „Praxis“-Professoren endgültig aus ihren Universitätsstellungen entlassen. Heftige Attacken des Parteiblattes „Borba“ begleiteten diese Aktion, in denen die Theorien der „Praxis-Gruppe“ als „sozialdemokratischer Reformismus“ sowie als „kleinkapitalistisches Restaurationsdenken“ gebrandmarkt wurden.

⁴³⁾ Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, (1984) 1, A 50 f.

⁴⁴⁾ Vgl. R. Supek, Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, in: G. Petrović (Anm. 20).

⁴⁵⁾ S. Stojanović, Geschichte und Parteibewußtsein, München-Wien 1978, S. 89.

⁴⁶⁾ Vgl. Osteuropa, (1981) 7.

Als erfolgreicher sollte sich für die „Praxis-Gruppe“ jedoch das Jahr 1981 erweisen: Im April begann die Herausgabe der „Praxis International“ in Oxford. Dieser, im Geiste der alten „Praxis“ verfaßten Zeitschrift gehört im Redaktionsrat neben international bekannten Wissenschaftlern aus aller Welt vor allem der Belgrader Teil der „Praxis-Gruppe“ an. Die von Marković und Bernstein herausgegebene Zeitschrift versteht sich als Diskussionsforum des Humanistischen Marxismus unter den veränderten historischen Bedingungen der siebziger und achtziger Jahre.

Im Juli 1981 kam es schließlich sogar zu einer teilweisen Rehabilitierung der mit Berufsverbot belegten Professoren: Sie erhielten am „Institut für Sozialwissenschaften“ der Universität Belgrad einen Arbeitsplatz, jedoch ohne Lehrbefugnis. Ebenso wurden ihre publizistischen Möglichkeiten erweitert, jedoch unter dem Vorbehalt, daß sie die jugoslawischen Verhältnisse nicht direkt kritisch angehen dürften. Zwei Publikationen von Golubović und Zivotić konnten erscheinen, und in einigen Zeitschriftenartikeln durfte sogar ansatzweise Kritik an den jugoslawischen Verhältnissen geübt werden⁴⁷⁾.

⁴⁷⁾ Ende 1981 schließlich unterschrieben Tadić und Stojanović einen Appell an General Jaruzelski, worin gegen das Kriegsrecht in Polen protestiert und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde.

Diese letzten Erfolge deuten darauf hin, daß sich nach und nach der Spielraum der „Praxis“-Marxisten in Jugoslawien wieder etwas erweitert. Dafür spricht auch die Mitarbeit einiger „Praxis“-Marxisten in der seit 1983 an der Universität Belgrad erscheinenden marxistischen Zeitschrift „Theoria“⁴⁸⁾. Wenn sie bei diesem Projekt auch nicht federführend sind, so zeigt es doch, daß in Jugoslawien die Theorie des „Humanistischen Marxismus“ immer noch lebendig und einflußreich ist.

Darin kann ein Unterschied zu den Ostblockländern gesehen werden. Aber auch die dortigen Bestrebungen einer Reform des „real existierenden Sozialismus“ (die polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ oder die tschechoslowakische „Charta 77“) stehen durchaus in einem Bezug zu der humanistischen Version des Marxismus. Mögen bei diesen Bestrebungen auch nicht mehr marxistische Vokabeln im Vordergrund stehen — weil sie vom offiziellen Marxismus als zu sehr diskreditiert gelten —, so stimmt doch ihre Zielrichtung mit derjenigen des „Humanistischen Marxismus“ überein: einen Beitrag zur Schaffung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu leisten.

⁴⁸⁾ Vgl. J. H. Satterwhite, East-European Marxist Humanism, in: „Praxis International“, Vol. 3 (1983) 3, S. 245.

Mojmir Križan/Eberhard Kiesche: Diktatur über die Bedürfnisse. Die Kritik der „Budapester Schule“ an osteuropäischen Gesellschaftssystemen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/85, S. 3—13

In dem Beitrag wird die Kritik der „Budapester Schule“, der Agnes Heller, György Márkus, Mihály Vajda, Ferenc Fehér, Maria Márkus und András Hegedüs zuzurechnen sind, an osteuropäischen Gesellschaftssystemen dargestellt.

Ausgangspunkt ist die Auseinandersetzung mit der deterministischen Geschichtsphilosophie und der Theorie der Entfremdung von Karl Marx. Vor dem Hintergrund der philosophischen Ausgangsposition der „Budapester Schule“ wird ihre politikwissenschaftliche Kritik an den von ihnen so genannten „Gesellschaften sowjetischen Typs“ verständlich und plausibel. Von besonderer Bedeutung sind dabei die modifizierte Totalitarismustheorie und das Konzept der „Diktatur über die Bedürfnisse“. Abschließend werden einige Ideen der Autoren zu den Elementen einer nichtentfremdeten Gesellschaft umrissen.

Das Forschungskonzept der „Budapester Schule“ mit der Wahl der Bezeichnung „Diktatur über die Bedürfnisse“ als globale Charakterisierung der Sowjetgesellschaften wird sicherlich nicht voll der Wirklichkeit des Sowjetsystems gerecht; das Konzept kann aber dazu dienen, die weitere Forschung anzuregen und auf die zentralen Elemente des bezeichneten Phänomens hinzuwirken.

Wolfgang Höpken: Jugoslawien — fünf Jahre nach Titos Tod

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/85, S. 14—27

Schon bald nach dem Tode Titos erwiesen sich mit Ausnahme der Außenpolitik beinahe alle Teilbereiche der jugoslawischen Politik als ausgesprochen krisenanfällig. Schnell und nachhaltig wurde dies auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich, wo Fehler in der Wirtschaftspolitik, ungünstige exogene Faktoren, aber auch die Reformen des Selbstverwaltungssystems sich effizienzmindernd und damit krisenverschärfend auswirkten. Zu Beginn der achtziger Jahre überstieg die Pro-Kopf-Verschuldung Jugoslawiens die Polens. Drastische Importrestriktionen und eine verstärkte Exportorientierung sollten als kurzfristige Maßnahmen die akuten Liquiditätsprobleme überwinden helfen; ein im Juli 1983 mit großem propagandistischen Aufwand ins Leben gerufenes „Langfristiges Stabilitätsprogramm“ sollte dem schrittweisen Strukturwandel der jugoslawischen Wirtschaft zu mehr Effizienz und zu größerer Integration in den Weltmarkt dienen. Einer Leistungsbilanzzerholung sowie der Anhebung der Industrieproduktion steht heute allerdings in allen anderen Bereichen keine Besserung gegenüber. Zwangsläufig haben die wirtschaftlichen Einbrüche der vergangenen Jahre auch zu einer erheblichen Beeinträchtigung der sozialen Lage der Bevölkerung geführt. So sank der Reallohn zwischen 1980 und 1984 um 34%.

Mittlerweile wird in Jugoslawien nicht mehr bestritten, daß auch das politische System eine ganze Reihe von korrekturbedürftigen Fehlentwicklungen aufweist, die zum Teil für die wirtschaftlichen Schwächen mit verantwortlich sind. Außerdem trat der seit jeher schwierigste Krisenfaktor des jugoslawischen Staates, die nationale Frage, erneut in Erscheinung. Am stärksten gilt dies für die mehrheitlich von Albanern bewohnte Provinz Kosovo, wo die Unruhen von 1981 weniger einen verzweifelten Aufstand gegen fortgesetzte Unterdrückung als vielmehr eine „revolution of rising expectations“ darstellten. Die vorwiegend repressive Beilegung der Krise, Versuche, die Rechte der einzelnen Provinzen zu beschränken sowie mittelfristig kaum zu lösende ökonomische und soziale Probleme werden das Potential für nationale Konflikte unverändert erhalten.

Reiner Ruffing: Humanistischer Marxismus: Philosophie und politische Theorie der jugoslawischen „Praxis-Gruppe“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/85, S. 28—38

Für die Dauer von fast einem Jahrzehnt (1965—1974) galt die philosophische Zeitschrift „Praxis“ mit ihrem breiten Mitarbeiterkreis („Praxis-Gruppe“) für viele Beobachter als „lebensfähigstes Zentrum marxistischer Philosophie auf der ganzen Welt“ (L. Kolakowski). Diesen Ruf brachte ihr der konsequent kritische Ansatz ihrer Beiträge, ihr breitgefächertes Themenspektrum sowie die undogmatische Offenheit ein, mit der auch Kontakt zur westlichen Wissenschaft gesucht und hergestellt wurde. Auf der dalmatischen Insel Korčula organisierten die „Praxis“-Mitglieder alljährliche Sommertreffs, wo sich international bekannte Marxisten aus Ost und West zu Gesprächsrunden einfanden.

Bei dem Versuch einer humanistischen Marx-Interpretation gerieten die „Praxis“-Philosophen jedoch nicht nur in Gegensatz zur offiziellen marxistischen Theorie und Praxis der Ostblock-Staaten. Auch die in Jugoslawien herrschende Partei des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens begann ihre anfängliche Toleranz gegenüber der „Praxis-Gruppe“ aufzugeben und ergriff repressive Maßnahmen. 1974 verbot sie die Zeitschrift. Die Entstehung und das Verbot der „Praxis-Gruppe“ bieten daher ein Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen eines kritischen Marxismus in Jugoslawien. Dieser muß sich offensichtlich auf das Gebiet der Philosophie beschränken. Sobald die Kritik an den innerjugoslawischen Verhältnissen ansetzte, bekamen die „Praxis“-Mitglieder Schwierigkeiten.

Trotz dieser Schwierigkeiten mußten die humanistischen Philosophen und Wissenschaftler Jugoslawien jedoch nicht verlassen. In den letzten Jahren gelang es ihnen sogar, gewisse Positionen zu behaupten. So kommt auch heute noch der Theorie des Humanistischen Marxismus in Jugoslawien Bedeutung zu.

Im Zentrum dieser Theorie steht der „Praxis“-Begriff. Ihr Grundmotiv ist ein aktives Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt. Verhältnisse, die einer weiteren Entfaltung der Individuen entgegenstehen, werden als entfremdet bezeichnet; Theorien, die die Geschichte als Einbahnstraße definieren, abgelehnt. Menschliches Handeln, das den Namen verdient, impliziert Handlungsalternativen und orientiert sich an humanistisch-emanzipatorischen Werten. Auf politischem Gebiet heißt das: Reform der sozialistischen Gesellschaften Osteuropas in Richtung auf mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Für Jugoslawien steht die Forderung nach einer innerparteilichen Demokratisierung des BdkJ im Vordergrund.